

**Deutscher Bundestag**

**Protokoll Nr. 17/15**

**17. Wahlperiode**

**Enquete-Kommission  
Internet und digitale Gesellschaft**

**Kurzprotokoll  
der  
15. Sitzung**

**Öffentliche Anhörung  
zum Thema**

„Strukturwandel der politischen Kommunikation  
und Partizipation“

**Berlin, den 19. März 2012, 14.00 – 17.00 Uhr**

**Sitzungsort: Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1, Paul-Löbe-Haus**

**Sitzungssaal: E. 400**

**Vorsitz: Axel E. Fischer, MdB**

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt sowohl die Mitglieder der Enquete-Kommission als auch die Anhörspersonen, anwesende Medienvertreter und sonstige Gäste sowie die Bürgerinnen und Bürger, welche die Sitzung im Livestream und über Twitter verfolgen.

Als neues stellvertretendes Mitglied heißt er **Abg. Christian Lindner (FDP)** willkommen und dankt zugleich dem ausscheidenden Mitglied **Abg. Florian Bernschneider (FDP)** für die gute Zusammenarbeit.

Er gratuliert **Nicole Simon, Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Jeanette Hofmann, Abg. Manuel Höferlin (FDP), Harald Lemke und Abg. Lars Klingbeil (SPD)** nachträglich zum Geburtstag.

Vor Beginn der Anhörung erläutert der **Vorsitzende** einleitend, dass das Thema der heutigen Sitzung in vielerlei Hinsicht bemerkenswert sei.

Der „Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“ berühre die Abgeordneten als gewählte Volksvertreter selbst. Es betreffe deren Selbstverständnis in der täglichen parlamentarischen Arbeit. Der Strukturwandel der politischen Kommunikation, der die Abgeordneten bereits seit einigen Jahren erfasst habe, werfe damit wichtige Fragen auf, die die parlamentarische Praxis insgesamt berührten.

Somit seien die Volksvertreter selbst die Akteure dieses Prozesses und anders als in sonstigen Anhörungen werde heute – nicht nur, aber auch – über das Selbstverständnis als politische Repräsentanten gesprochen. Ebenso wie über die Fragen, die sich bei der Arbeit als Politiker stellten: Wie könnten die Abgeordneten die neuen Kommunikationsformen nutzen, um die Parlamentsarbeit zu verbessern? Könne man mehr Bürgerinnen und Bürger in die politische Arbeit einbeziehen als zuvor?

Seien politische Partizipationsformen gar geeignet, die Beziehung zwischen Bürger und Staat zu verbessern?

Er stellt klar, dass das Thema nicht die Arbeit und die grundsätzliche Funktionsweise unserer bewährten parlamentarischen Abläufe in Frage stelle. Es sei jedoch unübersehbar, dass die neuen Kommunikationsformen den erprobten Verfahren neue Dimensionen hinzufügten.

Eine dieser neuen Dimensionen sei, die durch die Digitalisierung der Kommunikation herbeigeführte Herstellung von Öffentlichkeit. In Artikel 42 des Grundgesetzes sei festgehalten, dass der Bundestag öffentlich verhandelt und nur mit einer Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausschließen könne. Dies sei eine recht hohe Hürde. Die Tatsache, dass das Plenum – und zunehmend auch die Ausschüsse – öffentlich tagten, zeige, wie wichtig dieses Element für eine funktionierende Demokratie sei.

Allerdings habe sich der Begriff der Öffentlichkeit mit der Digitalisierung fundamental verändert. Das Internet ermögliche eine neue Form der Öffentlichkeit, für die es an manchen Stellen noch an Spielregeln mangle. Auch die Abgeordneten seien unterschiedlich versiert darin, mit dieser neuen Form der Öffentlichkeit umzugehen.

Sicher sei, dass die neue Öffentlichkeit, die teilweise jenseits erprobter journalistischer und publizistischer Routen verlaufe, neue Kompetenzen erfordere. Und zwar sowohl auf Seiten der Politik als auch auf Seiten der Bürger. Er sei sehr gespannt darauf zu erfahren, wie diese neuen Kompetenzen aussehen könnten. Zu Anfang der Arbeit in der Enquete-Kommission habe man despektierlich davon gesprochen, dass die Enquete eine Art Volkshochschule für Volksvertreter sei. Er denke diese Aussage offenbare zwei Wahrheiten. Zum einen gestehe sie die Unkenntnis über parlamentarische Abläufe ein, denn Politik sei nicht zuletzt ein permanenter Lernprozess. Zum anderen habe diese Aussage auch die Kluft benannt, die zwischen denen herrsche, die das Internet professionell nutzten und denen, die das Netz erst

nach und nach eroberten. Dazu gehörten immer noch viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, unter denen auch einige Volksvertreter seien. Er sei zuversichtlich, dass es mit dieser Anhörung wieder gelingen werde, die Kluft zwischen den „Digitalen Eingeborenen“ und „Digitalen Immigranten“ erneut ein klein wenig zu schließen.

Eine zweite Dimension der neuen Kommunikationsformen betreffe die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv in das politische Geschehen einzubringen. Auch hier sei das Parlament selbst gefragt. Mit der Beteiligungsplattform [www.enquetebeteiligung.de](http://www.enquetebeteiligung.de) habe man ein einzigartiges Experiment gestartet. Zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte könne die interessierte Öffentlichkeit die Ergebnisse der Kommissionsarbeit bereits im Arbeitsstadium einsehen und zu diesem frühen Zeitpunkt noch selbst Ideen und Vorschläge einbringen.

Bürgerinnen und Bürger schrieben in Echtzeit an den Papieren der Kommission mit. Das sei eine sehr anspruchsvolle und zeitraubende Angelegenheit. Umso erfreulicher sei es, dass sich nach gut einem Jahr feststellen lasse, dass zwar kein Massenpublikum angesprochen werde, jedoch viele inhaltlich hochwertige Beiträge entstanden seien, die die Arbeit der Kommission bereicherten. So seien beispielsweise zwei von zwölf Handlungsempfehlungen des Berichts Medienkompetenz wortwörtlich aus der Beteiligungsplattform übernommen worden. Auch in den anderen Berichten stammten viele Ideen, Anregungen und Handlungsempfehlungen von Bürgerinnen und Bürgern. Seit einiger Zeit sei die Plattform auch für Institutionen wie Verbände oder Vereine geöffnet, die ihren Sachverstand auf diese Weise direkt und transparent einfließen lassen könnten.

Dabei habe man gelernt: Das A und O jeder Bürgerbeteiligung sei es, sie ernst zu nehmen. Nur wenn sie das Ergebnis des politischen Prozesses auch wirklich beeinflussen könne, mache sie aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger Sinn. Aber Bürgerbeteiligung sei auch kein Selbstläufer. Sie müsse als eine neue kulturelle Kompetenz erlernt und eingeübt werden. Denn sie erfordere nicht nur ein hohes Maß an

Sachkenntnis, sondern auch die Fähigkeit, sein Wissen adäquat in den politischen Prozess einbringen zu können sowie Engagement und Disziplin.

Auf der anderen Seite müsse die Politik lernen, sich mehr für die neuen Formen der Bürgerbeteiligung zu öffnen und die Chancen zu nutzen, die darin lägen. Er sei davon überzeugt, dass Bürgerbeteiligung in einigen Jahren anders aussehen werde als heute. Vielleicht werde es heute ein wenig gelingen, nicht nur die Gegenwart zu beschreiben, sondern auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Darauf sei er sehr gespannt.

## **TOP 1 öffentliche Anhörung zum Thema „Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“**

Der **Vorsitzende** erläutert kurz die Verfahrensweise zur Anhörung.

Als Erstes bitte er darum, dass sich die Gäste in dreiminütigen Statements vorstellen. Anschließend werde er jeder Fraktion die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen. Auch der 18. Sachverständige werde zu Wort kommen. Danach werde man in die offene Diskussion eintreten.

Der **Vorsitzende** erteilt **Christoph Kappes** das Wort.

**Christoph Kappes** sagt, dass er studierter Jurist sei und zwanzig Jahre Unternehmen im Bereich Internet geführt habe. Nun sei er nur noch Einzelberater. Er erläutert, dass er in seiner Stellungnahme in einem ersten Schritt aufzureißen versucht habe, mit welcher Perspektive man auf die Themen Partizipation und Demokratisierung unter Internetgesichtspunkten gucken müsse. Zuerst müsse eine größere Distanz zu diesem Thema in der Diskussion aufgebaut werden. Es handele sich nicht um Social Media oder eine neue Art von Kommunikation, sondern um das Computerzeitalter. Deshalb habe er mithilfe wissenschaftlicher Studien ein Szenario zu entwickeln, welches etwa zehn Jahre weiter sei. Es sei bewusst spekulativ und provokant formuliert, solle aber helfen nach vorne zu schauen, sich vorzustellen wie die Welt unter politischen Kriterien betrachtet aussehen werde und mittelfristige Grundlinien zu finden.

Die Internetentwicklung und –nutzung werde sich auf fünf Dimensionen erstrecken. Er glaube, dass die Menschen vielfach die Nutzung der neuen Kommunikationsmöglichkeiten selber erobern müssten. Deshalb bedeute das, was heute vorgefunden werde, nicht den Endzustand der Technik. Es könne noch Jahre dauern, bis man mit verschiedenen Werkzeugen die neuen Kommunikationsformen finde. Einzelnutzer imitierten auch Medienverhalten, weil sie es nicht anders kennen. Es sei deshalb möglich, dass sich ganz neue Formate, Diskurs- und Debattenformen fänden. Man

habe es mit einer ganzen Serie von Innovationen zu tun, die auf die Gesellschaft zukämen und alles deutlich veränderten. Er stelle die Behauptung auf, die Internetnutzung werde in den kommenden Jahren weiter zunehmen, denn das sei die innere Logik der technischen Entwicklung. Deshalb bitte er darum, Werkzeuge wie Twitter nicht gering zu schätzen, denn es gehe nicht, belanglose Statements abzugeben, sondern Kommunikation auf hocheffiziente Weise zu verdichten. Dies gelte auch für soziale Netzwerke.

Seine Thesen zusammenfassend halte er fest, dass es viele neue Akteure geben werde. Dafür verdichteten sich bereits die Zeichen. Darüber hinaus könnten politische Akteure als Massenmedien agieren, da sie direkter mit dem Publikum vermitteln könnten. Dies werde Fragen nach deren politischem Rollenverständnis auslösen. Zugleich werde sich zeigen, ob politische Rollen nicht stärker ausdifferenziert werden müssten. Allein das Thema „Twittern von Abgeordneten“ erscheine ihm hochgradig naiv. Er denke, es komme zu einer Politisierung durch Verdichtungs- und Verstärkungseffekte des Internets. Dies könne jedoch in konstruktive Aktionen umgewandelt werden. Er bitte auch hier den sogenannten „Klicktivismus“ nicht zu unterschätzen, denn das sei nur die Logik einer Entwicklung, dass Meinungen effizienter kundgetan werden.

Er sagt, die Art der Diskussion im Internet verändere sich. Es werde sogenannte Hotspots geben, denn im Moment sei es schwer nachvollziehbar, wo und was diskutiert werde. Diese werde die Politik dann noch stärker nutzen können. Der gesamte Bereich von Erkenntnis über gesellschaftliche Daten habe auch Effekte auf die Partizipationsdiskussion. Durch diesen Datenjournalismus werde am Ende eine Übersetzung geleistet zwischen der Nachrichtenwelt und der eigenen. Er verbinde deshalb die Hoffnung, dass diese „Data-Society“ zu rationaleren Diskussionen und fokussierten Ressourcen führe.

In der künftigen politischen Organisation werde es eher netzwerkartige Strukturen geben. Dies sei auch richtig, denn die Welt werde komplexer, und nur so könne

man die politische Kommunikation aufrechterhalten. Das, sowie die Messbarkeit sozialer Interaktion, ziehe gleichzeitig Konsequenzen nach sich.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und erteilt **Dr. Markus Linden** das Wort.

**Dr. Markus Linden** erklärt, er beschäftige sich mit Fragen der Demokratietheorie und der empirischen Demokratieforschung. Derzeit sei er an einem Projekt der Universität Trier beschäftigt, das sich mit der Repräsentation schwacher Interessen beschäftige. Sein zentrales Beschäftigungsfeld sei die politische Repräsentation.

Mit den digitalen Beteiligungsplattformen verbinde man immer erhebliche Erwartungen. In der Forderung nach mehr E-Partizipation drücke sich das Bestreben aus, der vielbeschworenen politischen Repräsentation entgegenzuwirken. Ein realistischer Blick zeige jedoch, dass die digitale Demokratie zahlreiche Versprechen nicht erfüllen könne. Eine Rationalisierung und Konsensualisierung des politischen Wettbewerbs sei nicht zu erwarten. Denn das Politische zeichne sich immer durch Wertdifferenzen aus, die nicht umfassend begradigt werden könnten. Der Motor der Politik sei das Ringen um Alternativen und Entscheidungen.

Die digitale Partizipation führe bislang zu einer starken Gewichtung von spezifisch netzpolitischen Themen. Darüber hinaus kranke diese Form der Partizipation an denselben Phänomenen wie andere Partizipationsmöglichkeiten. Je anspruchsvoller die politische Aktivität, desto größer sei die soziale Disparität der Beteiligten. Bildungsgrad, Alter, Einkommen und Geschlecht seien überproportional starke Einflussgrößen.

Wenn man der Frage nachgehe wie partizipatorische Innovation im Allgemeinen der Krise der Repräsentationen entgegenwirken könnten, müsse man auf einen zentralen Punkt achten. Die Reformen dürften nicht zur Unterminierung der Funktionsbedingungen politischer Repräsentation führen. Man gewinne wenig, wenn man Wahlen weiter entwerte und die zentralen Institutionen an Einfluss gegenüber der



Exekutive verlören. Es bestehe eine große Gefahr, dass diese Partizipationsformen mehrheitlich von der Exekutive eingesetzt würden, um möglicherweise die Legislative zu umgehen. Man könne etwa an die Online-Konsultation der Europäischen Union denken, die ein nur unzureichend parlamentarisiertes System darstelle.

Seine Überlegungen zur Reform der politischen Repräsentation richteten sich deshalb an Prinzipien aus, die ein dialogisches Wechselspiel von Partizipation und Repräsentation ermöglichten. Dabei seien drei Punkte wichtig, nämlich die Verantwortlichkeit und Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen, die größtmögliche Öffentlichkeit und Transparenz der politischen Auseinandersetzung und die Möglichkeit der Diskussion über und die Wahl zwischen verschiedenen Alternativen. Vor diesem Hintergrund sehe er die webbasierte Kommunikation zunächst in der Funktion des Transparenzmediums. Seiner Auffassung nach bedinge Repräsentation die Öffentlichkeit. Die umfassende Transparenz politischer Entscheidungsfindung entstehe zum Beispiel durch die Übertragung aller relevanten Sitzungen. Die E-Partizipation könne auch als Dialogmedium eingesetzt werden, solle jedoch an die Parlamente und nicht an die Exekutive rückgekoppelt werden. Es müsse von Anfang klar sein, dass es sich lediglich um Konsultationen ohne direkte Entscheidungsrelevanz handele. Auf der lokalen Ebene sehe er dafür die größten Möglichkeiten, denn ein Auseinanderdriften der Öffentlichkeit sei dort am wenigsten zu befürchten. Auch über die Einsetzung von Losverfahren könne nachgedacht werden, um der sozialen Disparität entgegenzuwirken.

Die digitale Demokratie könne auf allen Politikebenen als Transparenz- und Dialogmedium genutzt werden, allerdings dürften die Wertigkeit von Wahlen und Parlamenten sowie die Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen nicht unterlaufen werden. Eine undifferenzierte Expansion von Beteiligungsfirmen könne zur Aushebelung zweier demokratischer Grundsätze führen, der Gleichheit aller Menschen und der Abwählbarkeit der Regierung.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und erteilt **Prof. Dr. Christoph Neuberger** das Wort.

**Prof. Dr. Christoph Neuberger** erläutert, dass er sich an der Universität München mit Fragen des Medien- und Öffentlichkeitswandels befasse und insbesondere mit der Vermittlung im Internet.

Er leitet seine Erläuterungen mit zwei Vorbemerkungen ein. In der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Internet herrsche eine starke Negativorientierung vor, denn es gehe meistens um die Gefahrenabwehr. Im Moment fehle ein positives Leitbild für die gesellschaftlichen Erwartungen an dieses Medium. Das Internet sei form- und gestaltbar, da es wahrscheinlich nie eine endgültige Form erlangen werde. Darüber hinaus sei der Netzdiskurs immer noch sehr stark von Mutmaßungen und Spekulationen geprägt. Mittlerweile sei es an der Zeit, die Diskussion stärker auf Forschungsergebnisse zu stützen.

Bei der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger über das Internet müsse man feststellen, dass es auch dort einige Barrieren gebe. Es gebe nur eine geringe Bereitschaft, sich überhaupt im Internet zu Wort zu melden. Dabei spiele auch das Problem der digitalen Spaltung eine Rolle, also selektive Effekte. Es stelle sich dann die Frage, ob es nicht Gruppen gebe, die in unterschiedlichem Maße Einfluss auf Meinungsbildungsprozesse nähmen. Des Weiteren gebe es die Schwierigkeit der Ungleichverteilung von Aufmerksamkeit. Es herrsche eine Konzentration auf wenige Anbieter vor. Überdies gehöre auch die Durchlässigkeit zu den entscheidenden Punkten. Festzustellen sei derzeit, dass die Themenvorgaben und die Meinungsführerschaft noch immer bei den großen Anbietern liege.

Zum Stichwort Meinungsmacht führt er aus, dass es auch nichtpublizistische Anbieter gebe, da sich Politiker und zivilgesellschaftliche Akteure direkt und ungefiltert an das Publikum wenden könnten. Ein weiteres erforschtes Thema sei die Fragmentierung, also ob es zu einem Zerfall der Öffentlichkeit in einzelne Themengruppen und Meinungslager komme, sodass es letztendlich nicht mehr demokratisch wichtigen Streit zu einzelnen Positionen gebe. Nach vorliegenden Ergebnissen scheine dies noch nicht so extrem zu sein. Es sei jedoch nicht selbstverständlich,

dass Diskussionplattformen weiterhin eingerichtet würden. Gleichzeitig sei eine qualitativ hochwertige Diskussion kein Selbstläufer. Es stelle sich daher die Frage, wie man geeignete Formate schaffen könne, um ein gewisses Niveau zu erreichen.

Er behaupte, dass diese zu diskutierenden Probleme der Öffentlichkeit vermittelt werden müssten. Journalisten seien damit im Internet nicht überflüssig. Im Internet gebe es vor allem die Aufgabe, im staatsfreien Raum öffentliche Meinungsbildung anzustoßen. Zwischen den professionellen Anbietern und Social Media bestehe keine Konkurrenz. Das zeigten viele klare Unterschiede aus Sicht des Publikum. Der Journalismus sei im Hinblick auf die Navigation, Orientierung und Moderation im Internet wichtig. Es mangle an Stellen, wo diskutiert werde. Daher sei es unerlässlich, dass der Journalismus hochwertige Informationen einspeise.

Gleichwohl gebe es Vermittlungsdefizite, die unübersehbar seien. Dies habe mit der ökonomischen Krise des Journalismus zu tun, aber auch mit dem mangelnden Vermögen, sich der neuen Umgebung anzupassen. Er herrschten verkrustete Strukturen vor, die schnelle Vermittlungsaufgaben, wie sie das Internet fordere, noch nicht gewährleisten könnten.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und erteilt **Daniel Reichert** das Wort.

**Daniel Reichert** stellt die Aufgabe des Liquid Democracy e. V. vor und verweist auf die entwickelte Open-Source-Software Adhocracy. Diese werde seit einem guten Jahr für die Beteiligungsplattform des Deutschen Bundestages ([www.enquetebeteiligung.de](http://www.enquetebeteiligung.de)) genutzt. Aus seiner Sicht seien trotz eines holprigen Starts einige bemerkenswerte Ergebnisse erzielt worden. Die Projektgruppe Demokratie und Staat habe über 40 Vorschläge in das Arbeitsprogramm aufgenommen. Im Zwischenbericht zum Thema Medienkompetenz seien zwei von zwölf Handlungsempfehlungen im Wortlaut übernommen worden. Dieser Zwischenstand könne als ein erster wichtiger Schritt betrachtet werden.

Mit der Entwicklung der technischen Möglichkeiten sei man heute wesentlich weiter als mit deren Anwendung in realen Beteiligungsprozessen. Er wolle den Fokus deshalb lieber auf die vorangegangenen und die kommenden Monate legen. Ende des Jahres 2011 habe eine Befragung der Nutzer stattgefunden, unter der Leitung der Zeppelin-Universität. Die ersten Ergebnisse brächten bereits Erkenntnisse, die darauf schließen ließen, dass im wesentlichen drei Bereiche verbessert werden müssten. Der erste Bereich betreffe die einfache Nutzbarkeit der Beteiligungswerkzeuge und die Verständlichkeit des Beteiligungsprozesses insgesamt. Seit Beginn der Befragung sei schon kontinuierlicher Verbesserungsprozess zu beobachten.

Eine zweite Herausforderung ergebe sich aus der Tatsache, dass 70 Prozent der befragten Nutzer glaubten, die Diskussionsergebnisse hätten keinen Einfluss auf die Politik. Das bedeute, die Darstellung der Ergebnisse der Beteiligung müsse deutlich verbessert werden, um so die Motivation der Beteiligten weiter hoch zu halten.

Der dritte Bereich und die gleichzeitig größte Herausforderung sei die Unzufriedenheit von 70 Prozent der Nutzer, dass die Rückmeldung der Enquete-Kommission insgesamt nicht zufriedenstellend sei. Diese Zahlen bestätigten ihn in seiner allgemeinen Einschätzung, dass es für eine gute Bürgerbeteiligung wichtig sei, dass alle beteiligten Akteure am öffentlichen Diskussionsprozess teilnähmen. Als Bürger könne man nur dann qualifiziert teilnehmen, wenn der aktuelle Diskursstand transparent und unter angemessenem Zeitaufwand nachvollziehbar sei. Der Bürger müsse damit auch über die gleichen Informationen verfügen, wie die Mitglieder der Enquete-Kommission.

Die große Chance der Online-Beteiligung liege deshalb darin, dass sich Bürger prinzipiell an politischen Diskursen beteiligen könnten. Das Ziel müsse es sein, dass niemand mehr außen vor bleibe, der sich politisch beteiligen möchte. Ein guter erster Schritt, sei die Einführung des „18. Sachverständigen“ in der Enquete-Kommission.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und erteilt **Prof. Dr. Gerhard Vowe** das Wort.

**Prof. Dr. Gerhard Vowe** konstatiert, die entscheidende Fragestellung sei das Verhalten der Bürger und wie diese die Möglichkeiten des Internets für ihre politischen Zwecke nutzten. Aufgrund der empirischen Forschung wisse man bereits einiges darüber. Die Hälfte der Bevölkerung mache einen großen Bogen um jegliche politische Kommunikation. Diese schweigende Mehrheit lese Zeitung, höre und schaue Nachrichten und gehe wählen. Das sei aber alles, weil es eingeschliffene Gewohnheiten seien und viele der Leute im Beruf stünden und Familie hätten. Es gebe nicht viel Zeit für Politik. Auch das Internet ändere daran nichts. Man dürfe die Macht der Gewohnheit nicht unterschätzen.

Es gebe aber noch andere interessante Gruppen. Besonders interessant seien die Digitalbürger, die das Internet sehr intensiv auch für politische Zwecke nutzten. Diese machten etwa 20 Prozent der Bevölkerung aus. Dabei handele sich um junge Menschen mit Abitur und Studium, die mit dem Internet groß geworden seien und ihre politische Kommunikationsweisen dort erst entwickelt hätten. Sie müssten also keine Gewohnheiten ändern, weil diese im Netz erst entstünden. Das Profil der „digital citizens“ wolle er in der weiteren Diskussion noch näher umreißen. Er fügt hinzu, dass diese Gruppe in Schlüsselpositionen hineinwachsen werde und schon jetzt dafür Sorge, dass sich politische Kommunikation wandle. Sie seien der Treiber der Veränderung politischer Partizipation.

Zur Veränderung der politischen Kommunikation gebe es drei entscheidende Punkte. Zum Einen die Volatilität, die Flüchtigkeit der Meinungsbildung. Es habe früher nie derartig schnelle Stimmungsumschwünge gegeben, die heute durch die Online-Medien noch verstärkt würden. Zum Anderen müssten politische Botschaften viralisierbar sein, also die Fähigkeit besitzen, sich schnell zu verbreiten. Dies funktioniere aber nur unter den Bedingungen, die das Netz diktiere. Es müssten überraschende, unterhaltsame oder herzbewegende Botschaften sein. Der dritte und letzte wichtige Punkt sei die Pluralität. Die politische Arena sei unübersichtlich geworden, denn es seien viele neue Akteure und Gruppen hinzugekommen, die mitentscheiden wollten. Dies setze vor allem diejenigen unter Lerndruck, die bisher die

politische Kommunikation organisierten, also klassische Medien, Parteien, Regierungen und Parlamente.

Er stellt die Frage in den Raum, was Politik tun könne und solle. Sie könne Freiräume für das Lernen der Bürger schaffen und Beteiligung erproben. Dabei sei auch die Wissenschaft gefragt, die diesen Vorgang beobachten, begleiten, erklären müsse. Ferner könne die Politik erläutern, was in der heutigen Zeit unter „öffentlich“ verstanden werden solle. Sie könne die Grenzen zwischen Transparenz und Geheimhaltung ziehen. Zudem müsse die Politik in diesem Wandel für Stabilität sorgen, denn die schweigende Mehrheit müsse eingebunden und deren Grundvertrauen gewahrt bleiben. Das funktioniere nur durch eine repräsentative Demokratie und die Delegation von Entscheidungen. Die Enquete-Kommission sei ein gutes Beispiel für Stabilität im Wandel. Sie untersuche den Wandel, sei aber als Gremium des Bundestages ein Teil der institutionellen Ordnung und somit ein Stabilitätsanker.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und erteilt **Stefan Wehrmeyer** das Wort.

**Stefan Wehrmeyer** sagt, er habe im Sommer 2011 die Plattform „Frag den Staat“ mit Hilfe der Open-Knowledge-Foundation und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gestartet. Ziel dieser Website sei es, Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu vereinfachen und die Korrespondenz mit den Behörden öffentlich zu dokumentieren. Die Plattform mache dadurch die Praxis der Informationsfreiheit transparent und erweitere die öffentliche Kommunikation der Regierung auf die Bearbeitung von Anfragen in der Verwaltung. Ein aktuelles Beispiel sei die Anfrage beim Bundesministerium für Justiz, wer an den Verhandlungsrunden zum Thema ACTA teilnehme. Diese sei mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Nennung von Namen die öffentliche Sicherheit gefährde. Aus seiner Sicht sei dies für den normalen Bürger nicht nachvollziehbar. Durch die Öffentlichkeit des Internets sei aber nun bereits Geld gesammelt worden, um die Kosten für einen Widerspruch oder eine Klage auf eine detaillierte Antwort zu finanzieren.

Ein anderes Beispiel sei die Bundestagverwaltung, die gegen ein Urteil vorgehe, welches das Informationsfreiheitsgesetz auf die Wissenschaftlichen Dienste anwende. Es gebe bereits nichtöffentliche Gutachten seitens des Wissenschaftlichen Dienstes, die Bürger erhalten und lesen dürften, aber diese dürften aufgrund des Urheberrechts nicht veröffentlicht werden. „Frag den Staat“ erlaube es den Nutzern, mit einem Klick ein Gutachten anzufragen und damit einen Verwaltungsakt auszulösen.

Wenn man Beteiligung als das gemeinsame Lösen von Problemen verstehe, sei fragdenstaat.de eine Beteiligungsplattform. Sie helfe Nutzern, Informationsprobleme öffentlich zu lösen. Damit werde versucht, dem Wissensvorsprung der Verwaltung entgegenzuwirken. Beteiligung müsse so verstanden werden, dass der Staat eine Grundlage bereitstelle, mit Hilfe derer die Bürger ihre Probleme gemeinsam lösen könnten. Er betone deshalb, dass Transparenz die wichtigste Voraussetzung für Beteiligung sei. Der Rechtsanspruch auf Information müsse gestärkt werden und der Kulturwandel zum offenen Regierungshandeln müsse vorgelebt werden.

Der **Vorsitzende** dankt für die Ausführungen und eröffnet die erste Fragerunde. Er erteilt **Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU)** das Wort.

**Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU)** richtet seine Fragen an **Prof. Dr. Christoph Neuberger**. Dieser habe in seiner mündlichen wie auch schriftlichen Stellungnahme das Stichwort „Meinungsmacht“ angesprochen und sich dabei auch auf den tradierten Begriff der „Breitenwirkung“ bezogen. Mit Blick auf das Internet sei die Ermittlung der Breitenwirkung eine messtechnische Herausforderung. **Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU)** bittet um eine nähere Konkretisierung der Messgrößen, die sich herausbilden würden. Des Weiteren habe **Prof. Dr. Christoph Neuberger** den Punkt „Vermittlungsdefizite in der Öffentlichkeit“ erwähnt. Damit sei auch das Problem angesprochen, dass es im Wesentlichen um Informationen und Meinungen aus den tradierten Medien ginge und sich ein abgelöster, eigenständiger Internet-Journalismus noch nicht etabliert habe. Auch hier wünscht sich **Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU)** weitere Ausführungen, auch im Hinblick auf die Frage, weshalb ein eigenständiger Internet-Journalismus wünschenswert wäre.

**Abg. Lars Klingbeil (SPD)** bedankt sich zunächst für die interessanten Vorträge. Er frage **Christoph Kappes** und **Prof. Dr. Gerhard Vowe**, ob für die politische Teilhabe und Partizipation Anonymität im Netz gewährleistet sein müsse.

**SV Prof. Dr. Wolfgang Schulz** spricht den Aspekt der künftigen Vermittlung von Wissen und politischen Inhalten an. Mit Blick auf die Funktionsweise, die Akteure sowie mögliche Veränderungen diesbezüglich hätten sich hierzu bereits **Prof. Dr. Christoph Neuberger** und **Prof. Dr. Gerhard Vowe** in ihren schriftlichen Stellungnahmen geäußert. Früher seien die Bürger insbesondere durch den Journalismus darüber informiert worden, welche Auswirkungen konkrete politische Vorschläge auf ihr Leben haben können. **SV Prof. Dr. Wolfgang Schulz** interessiert sich für die Frage, inwieweit dies so bleibe bzw. es neue Wege und Intermediäre geben werde. Auch stelle er die Frage, inwiefern es eine Aufgabe der Parlamente sei, ihre Arbeitsergebnisse nicht nur transparent, sondern auch in ihren Auswirkungen auf das Leben des Einzelnen erklärbar zu machen. Es sei daher interessant zu erfahren, welche Vor- und Nachteile unterschiedliche Funktionszuweisungen haben können.

**Abg. Jimmy Schulz (FDP)** wendet sich an **Daniel Reichert**. Er frage, ob die Stagnation der Anzahl der angemeldeten User, die sich auf der Plattform Adhocracy beteiligen würden, darin begründet liege, dass man mit der Beteiligungsplattform lediglich ein hochspezialisiertes Publikum erreiche oder ob die Attraktivität solcher Beteiligungssysteme allgemein noch nicht ausreichend sei. Außerdem frage er, inwiefern Möglichkeiten bestünden, um die Attraktivität dieses weltweit einmaligen Partizipationsangebots noch zu erhöhen.

Eine zweite Frage richtet **Abg. Jimmy Schulz (FDP)** an **Christoph Kappes**, der in seiner schriftlichen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht habe, dass Transparenz kein Vertrauen stiften könne. Dies möchte **Abg. Jimmy Schulz (FDP)** näher ausgeführt bekommen, da er diesen Punkt komplett anders sehe.



**Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.)** möchte **Prof. Dr. Christoph Neuberger** und **Dr. Markus Linden** befragen. Letzterer habe erklärt, dass soziale Faktoren die Beteiligung umso mehr determinieren würden, je anspruchsvoller und zeitintensiver eine Beteiligungsform sei. Ähnlich habe **Prof. Dr. Christoph Neuberger** in seiner schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, dass es Barrieren gebe, die selektiv wirksam seien und dauerhaft ganze Personengruppen von der Beteiligung ausschließen würden. Sie möchte erfahren, welche sozialen Gruppen dies aus der Sicht von Prof. Dr. Christoph Neuberger seien. An beide Sachverständige richtet sie die Frage, was man gegen solche Ausschlussbarrieren unternehmen könne.

Ihre zweite Frage richtet **Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.)** an alle eingeladenen Sachverständigen. Dazu liest sie zunächst eine Passage aus der schriftlichen Stellungnahme von **Daniel Reichert** vor. Darin habe er ausgeführt, dass sich die Rolle der Parteien im politischen System vermutlich wandeln werde. Für immer mehr Bürgerinnen und Bürger werde die Frage, in welcher Weise ihnen eine Partei durch ihre innerparteiliche Struktur der demokratischen Meinungsfindung einen Zugang zur politischen Mitbestimmung ermögliche, wahlentscheidend sein. Die Frage, welches Demokratieverständnis eine Partei habe und auf sich selbst anwende, werde künftig für viele Menschen eine wichtigere Entscheidungsgrundlage sein, als das momentane Wahlprogramm der Parteien zu einzelnen Sachfragen.

Diese These findet **Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.)** interessant. Sie frage, ob diese These nur von **Daniel Reichert** vertreten werde oder von den anderen Sachverständigen geteilt werde.

**Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** dankt den Sachverständigen für ihre Stellungnahmen. Die Frage nach neuen Beteiligungsformen als „Frischzellenkur“ für die Demokratie sei in der Tat ein wichtiges Thema der Enquete Kommission. Er richtet seine erste Frage an **Daniel Reichert** und **Stefan Wehrmeyer**. Der Informationsfreiheitsgedanke werde weiterentwickelt und es stelle sich die Frage, was diesbezüglich vom Gesetzgeber erwartet werde. Welche konkreten

Schritte müssten angegangen werden, um eine Weiterentwicklung der Informationsfreiheit zu ermöglichen?

Des Weiteren führt er aus, dass sich die Veränderung des Kommunikations- und politischen Diskursverhaltens in den vergangenen zehn Jahren für ihn als dynamischer Prozess darstelle. Er frage **Prof. Dr. Gerhard Vowe**, ob er diese Einschätzung teile.

Der **Vorsitzende** ermöglicht **Katharina Frier-Obad (Sekretariat der Enquete-Kommission)** im Namen des 18. Sachverständigen eine Frage zu stellen.

Der **18. Sachverständige** stellt die Frage, ob es vertretbar sei, dass Regierungen partizipatorische Plattformen betrieben, wenn doch das Parlament der Ort von Beratungen und Entscheidungen über Gesetze sei. Es stelle sich zudem die Frage, ob es vor diesem Hintergrund nicht sinnvoller wäre, wenn derartige Projekte, wie der Bürgerdialog der Kanzlerin, im Rahmen des Bundestages stattfinden würden.

Der **Vorsitzende** dankt **Katharina Frier-Obad (Sekretariat der Enquete-Kommission)** und erteilt dem Sachverständigen **Stefan Wehrmeyer** das Wort zur Eröffnung der ersten Antwortrunde.

**Stefan Wehrmeyer** weist daraufhin, dass die Bundespolitik für viele Menschen gar nicht so interessant sei; sie würden sich vielmehr für „das Lokale“ interessieren, also die Dinge, die in ihrer unmittelbaren Umgebung geschehen würden. Wie auch Christoph Kappes in seiner schriftlichen Stellungnahme ausgeführt habe, brauche man Daten darüber, was passiere, damit sich der Bürger informieren könne. Hier gebe es bereits Projekte in Deutschland, wie beispielsweise [www.offeneskoeln.de](http://www.offeneskoeln.de), welches das Ratsinformationssystem auslese und sich anschauere, wo was stattfindet und das Ganze dann georeferenziere. So könne sich jeder Bürger darüber informieren, was in seiner unmittelbaren Nähe passiere. Derlei Projekte werden nach Ansicht von Stefan Wehrmeyer eine große Rolle spielen bei der künftigen Vermittlung

von politischen Inhalten. Strukturierte Daten würden die Vermittlung von maßgeschneiderten politischen Informationspaketen ermöglichen.

Im Hinblick auf die von Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gestellte Frage bezüglich der Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Informationsfreiheit antwortet **Stefan Wehrmeyer**, dass man zunächst die gesetzliche Grundlage schaffen müsse. Immer noch hätten fünf Bundesländer kein Informationsfreiheitsgesetz und die dortigen Bürger insofern nicht Möglichkeit ihre Landesverwaltung nach Informationen zu fragen. Weiterhin müsse darauf geachtet werden, dass gesetzlich normierte Ausnahmen gegen das öffentliche Interesse abgewogen würden. Wenn eine Information von hohem öffentlichem Interesse sei, müsse die Information freigegeben werden. In diesem Sinne müsse auch die Position des Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit gestärkt werden; so brauche er insbesondere mehr Vermittlungsrechte. Zudem müssten die drei auf Bundesebene bestehenden Informationsgesetze harmonisiert werden und eine neutrale Instanz, wie der eben genannten Bundesbeauftragte für Informationsfreiheit, dort eingesetzt werden.

Bezüglich der Frage, warum Beteiligung eigentlich eine Sache der Regierung und nicht des Parlaments sei, ist er der Ansicht, dass man noch weitergehend fragen müsse, warum Beteiligung eigentlich überhaupt an den Staat gebunden sei. Beteiligung sei eine Bürgersache, die Informationen aus der Regierung und der Verwaltung brauche. Die Entscheidung liege selbstverständlich letztlich noch immer bei der Politik. An dem repräsentativen demokratischen System Deutschlands wolle **Stefan Wehrmeyer** gar nicht rütteln, aber die Bürger müssten sich ernst genommen fühlen, wenn sie sich beteiligen sollen. Es müsse Möglichkeiten geben, dass sie ihre lokalen Probleme untereinander diskutieren und lösen können. Insofern sei eine Verortung der Beteiligungsmöglichkeiten beim Bundestag nicht notwendig.

**Prof. Dr. Gerhard Vowe** antwortet auf die von **Abg. Jimmy Schulz (FDP)** gestellte Frage bzgl. der neuen Vermittler politischer Inhalte im Netz, dass das klassische Bild der politischen oder journalistischen Vermittler gebrochen sei. Es gebe nun-

mehr eine Fülle von Vermittlern, die versuchen würden in diesem „Konzert“ ihre Stimme zu erheben und vernommen zu werden.

Zudem gebe es neue Tendenzen: Zum einen die steigende Rolle von peer-groups; d.h., es werde Wissen vermittelt über die peer-group und auch nur das für wichtig genommen, was diese mitteile. Zum anderen zeichne sich als weitere Tendenz in weiter Ferne ab, dass man Datenbanken nach Wissen befrage. Dabei verschwinde der Betreiber hinter diesen Datenbanken sozusagen „im Nebel“ und sei nicht mehr zuordenbar. Einen ersten Versuch dieser Art stelle der Wahl-O-Mat dar. Hierbei handele es sich um ein Semantic Web, bei dem auch Bedeutungen vermittelt würden.

Bezüglich der Frage von Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt **Prof. Dr. Gerhard Vowe**, dass das Kommunikationsverhalten selbstverständlich dynamisch sei - allerdings nur in Grenzen. Dynamisch seien vor allem die, die in die neue Umgebung hineinwüchsen. Diese drückten der gesamtpolitischen Kommunikation ihren Stempel auf, weil sie noch keine Gewohnheiten entwickelt hätten. Diejenigen, die bereits seit 20 Jahren Gewohnheiten entwickelt hätten, täten sich dagegen schwer, diese abzustreifen. Insofern sei ihre Dynamik sehr begrenzt. Die Treiber seien dagegen tatsächlich die Digital Natives.

Bezogen auf die Äußerung von Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.) zur Änderung von Parteistrukturen erläutert er, dass man an der Piratenpartei sehen könne, dass die Art der Meinungsbildung und des Auseinandersetzens einen enorm hohen Stellenwert bei den Parteimitgliedern habe. Programmatische, d.h. inhaltliche Fragen treten hinter die Form des Zustandekommens von Meinungen zurück. Die Art der Meinungsbildung gewinne mithin entschieden an Bedeutung.

**Daniel Reichert** antwortet auf die Frage von Abg. Lars Klingbeil (SPD) hinsichtlich des Problems von Anonymität und Pseudonymität im Internet, dass dies eine der zentralen Fragen sei, die sich bei der Online-Beteiligung stelle und die auch noch nicht gelöst sei. Man müsse unterscheiden, was für eine Art der Beteiligung ge-

macht werde. Dies werde in den heutigen Debatten durcheinander gewürfelt. So müsse man ganz andere Anforderungen stellen an eine Beteiligung, in der Mitglieder oder einzelne Wähler tatsächlich mitbestimmen sollen, d.h., wo es eine abschließende Abstimmung gebe, die repräsentativ für die angesprochene Gruppe sein solle. Dagegen würden sich bei Onlinekonsultationen andere Herausforderungen stellen. Hier wäre es nach seiner Ansicht übertrieben, eine Authentifizierung der Nutzer zu fordern. Im Ergebnis sei vor einem Klarnamenzwang zu warnen, da man sehr große Risiken eingehen würde, würde man diese Möglichkeit zwingend einführen. Es gebe viele Menschen, die in der Familie, im Beruf oder im weiteren sozialen Umfeld unter Gruppenzwang und Beobachtung stünden und auf die deshalb Druck ausgeübt werden könnte, wenn sie sich nicht in einer bestimmten Weise verhielten.

Bezüglich der von Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gestellten Frage nach der Informationsfreiheit schließt sich **Daniel Reichert** den Äußerungen von Stefan Wehrmeyer an. Ein zusätzlicher wichtiger Aspekt sei es aber, dass Transparenz auch auf den politischen Diskurs angewendet werden sollte. Wolle man sich als Bürger an der politischen Diskussion beteiligen, könne man dies nur dann tun, wenn einem die gesellschaftlichen Interessen auch bekannt seien. Es habe sich bislang ein Politikverständnis herausgebildet, in dem die Politik die fertige Lösung als die richtige verkaufe. Diese Sichtweise sei aber nicht mehr angemessen und viele Bürger würden diesen Prozess so auch nicht mehr geschildert bekommen. Vielmehr wisse mittlerweile jeder, dass es zu verschiedenen politischen Themen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen gebe. Und diese Interessen seien auch erst einmal legitim. Eine aktive Teilnahme an der Verhandlung dieser legitimen Interessen und an der Kompromissfindung sei dem Bürger nur möglich, wenn ihm diese Prozesse auch bekannt seien.

Dies sei auch wichtig für den von Abg. Jimmy Schulz (FDP) angesprochenen Aspekt, Bürger dazu zu bringen, mitzudiskutieren. Es seien momentan in etwa 2500 User auf der Plattform [www.enquetebeteiligung.de](http://www.enquetebeteiligung.de) angemeldet; dies seien nicht Wenige in Anbetracht des speziellen Themas, welches dort diskutiert würde und

vor allem wenn man bedenke, dass es für die Plattform keine Öffentlichkeit gebe. Bürger, die sich nicht eh bereits in dem einschlägigen Umfeld bewegen würden, würden von dieser Beteiligungsmöglichkeit gar nichts wissen. Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Ausbreitung der Nutzung einer solchen Plattform sei, dass man sehe können müsse, dass die Ergebnisse tatsächlich in der Politik ankommen würden. Momentan sei es so, dass kaum ein Abgeordneter oder Sachverständiger der Enquete-Kommission tatsächlich an der Plattform teilnehme, beispielsweise auf eine Frage antworte, die dort gestellt würde oder sich in die Diskussion einbringe. Dies sei aber wünschenswert, weil die Diskussion dann ernster genommen werden würde und die Motivation für die Nutzer größer wäre, dort auch Ideen einzubringen. Eine weitere große Herausforderung sei es, Lobbyinteressen transparent in diese Prozesse einzubringen. Insgesamt könne festgestellt werden, dass die Beteiligung auf der Plattform [www.enquetebeteiligung.de](http://www.enquetebeteiligung.de) immer dann sprunghaft ansteige, wenn die Beteiligung auch öffentlich gemacht werde. Hierin liege auch eine Herausforderung für die kommenden Projektgruppen. Man sollte sich überlegen, wie man dies noch einmal verstärken könne.

**Prof. Dr. Christoph Neuberger** geht zunächst auf die Fragen von Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU) ein. „Meinungsmacht“ sei eine Angelegenheit, die auch im Internet beobachtet werden müsse. Es habe zwar die Vorstellung gegeben, da nun jeder publizieren könne, werde sich das Problem mit der Meinungsmacht auflösen. Er habe aber bereits darauf hingewiesen, dass es Studien aus den USA gebe, die diese Ansicht widerlegten. In Deutschland fehle es zwar an solchen Untersuchungen, es erscheine jedoch plausibel, dass dem auch hierzulande so sei.

Es sei wichtig, sich differenziert mit dem Thema Meinungsmacht im Internet zu beschäftigen. Man kenne es aus dem Bereich des Rundfunkstaatsvertrags, dass dort dem Fernsehen eine bestimmte Meinungsmacht in Abhängigkeit von GFK-Daten, also von Zuschauer-/Marktanteilen, zugeordnet werde. Dies sei seiner Ansicht nach für die Meinungsmachtmessung im Internet nicht ausreichend. Hier müsse man vielmehr nach Angebotstypen unterscheiden und beispielsweise fragen, ob im konkreten Fall Inhalte produziert oder Beteiligungsplattformen aufgestellt würden. Für

eine Messung der Meinungsmacht sei insofern eine differenzierte Einschätzung vonnöten. Man sei es bislang gewohnt, dass man es mit direkten Kontakten zu tun habe; im Internet spiele aber – aufgrund seiner Netzwerkstruktur – die Diffusion eine starke Rolle. Dies bedeute, dass man auch diese indirekten Formen, d.h. die Diskussion in den Netzwerken, mitberücksichtigen müsse, was methodisch jedoch durchaus schwierig sei. Hinzu komme, dass manche Angebote an mehreren Stellen im Internet vorhanden seien. Auch dies müsse in die Messung miteinbezogen werden. Und schließlich sei auch die Frage der Crossmedialität entscheidend, also der Umstand, dass manche Angebote über verschiedene Medien verbreitet und gespeichert würden. All diese Fragen habe er selbst im Zusammenhang mit einem Gutachten, das er als Mitautor im Auftrag der KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) ausgearbeitet habe, diskutieren können. Hier habe er auch Vorschläge gemacht, wie man die Meinungsmacht im Detail messen könne.

Im Hinblick auf die zweite, von Abg. Ansgar Heveling (CDU/CSU) gestellte Frage nach den Vermittlungsdefiziten ist **Prof. Dr. Christoph Neuberger** der Ansicht, dass es solche gebe. Er habe in seiner schriftlichen Stellungnahme ausführlich beschrieben, dass Vermittler im Internet gebraucht würden. Die Frage sei, inwieweit dies durch den professionellen Journalismus geleistet werden könne. Es sei bekannt, dass es in diesem Bereich eine ökonomische Krise gebe, durch die Abwanderung von Inserenten, aber auch von Lesern, die dann auch im Internet nicht mehr gewonnen werden könnten. Hier bahne sich ein Strukturwandel an, wobei man sich momentan am Anfang dieses Prozesses befinde. Es werde zu einer Marktbereinigung kommen, da man nicht alle der derzeit vorhandenen 135 Tageszeitungen in Deutschland im Internet benötige. Dies sei in der Tat ein ganz gravierendes, ökonomisches Problem. Es sei aber auch ein Problem der mangelnden Reformfähigkeit des Journalismus. Man habe es im Moment mit einer Überflutung von Informationen auf den Portalseiten zu tun.

Ergänzend zu den Ausführungen von **Prof. Dr. Gerhard Vowe** zu dem Thema der Wissensvermittlung möchte **Prof. Dr. Christoph Neuberger** anmerken, dass man von den letzten Bundestagswahlen her wisse, dass man sich – zumindest rein empirisch

betrachtet – nach wie vor auch auf den Pressewebsites informiere. Interessanter Weise würden aber auch die Seiten der politischen Institutionen, der Parteien und Politiker stark genutzt. Hier gebe es durchaus eine Verschiebung. Dagegen hätten die Socialmedia damals zumindest noch keine große Rolle gespielt.

Man könne das Ganze auch unter qualitativen Aspekten betrachten, d.h., wo man wertvolle Inhalte finde. Hier werde durchaus experimentiert. Schauen man sich beispielsweise die Preisträgerlisten des Grimm-Online-Awards an, fänden sich darunter relativ viele politische Projekte. So habe es beispielsweise zu dem Thema „20 Jahre Mauerfall“ einige sehr interessante Projekte gegeben, die versucht hätten, den Themenschwerpunkt sehr umfassend und auch mit multimedialen und partizipativen Anwendungen aufzuarbeiten. Derlei Möglichkeiten würde nur das Internet bieten und müssten daher noch mehr entdeckt werden.

Im Hinblick auf die Frage von Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.) bzgl. der Spaltung der Gesellschaft weist **Prof. Dr. Christoph Neuberger** auf eine Reihe von Studien hin, die zeigten, dass es bekannte Variable seien, die hier eine Rolle spielten. So führe ein höherer Bildungsgrad sowie ein höherer sozio-ökonomischer Status zu einer schnelleren Aneignung des Internets sowie zu einem versierteren Umgang mit diesem Medium. Mittlerweile nutzten drei Viertel der Bundesbürger das Internet. Es sei nicht mehr der technische Zugang, der problematisch sei, sondern die Frage, wie man mit dem Medium umgehe. Dabei gehe es nicht nur um die Wissensaneignung, sondern auch um die Artikulationsfähigkeit. Es scheine ein wichtiger Punkt zu sein, wer in der Lage sei, mit seiner Stimme Gehör zu finden und Resonanz auszulösen, um letztlich Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen.

In Bezug auf die Frage des **18. Sachverständigen**, wo eigentlich der Ort der Meinungsbildung sei, ist **Prof. Dr. Christoph Neuberger** der Auffassung, dass es grundsätzlich sinnvoll sei, wenn politische Institutionen Offenheit zeigten. Es sei aber auch wichtig, dass es in einem vopolitischen Raum, der eben nicht von den Institutionen organisiert werde, einen Diskurs gebe, der von der bürgerlichen Öffentlich-



keit losgelöst. Da hier auch der Journalismus eine große Rolle spiele, sollte man den Journalismus stärken.

**Dr. Markus Linden** wendet sich zunächst an den **18. Sachverständigen**. Es sei unsinnig, wenn tatsächlich gefordert würde, der Regierung Internetkommunikation zu verbieten. Auch sie habe das Recht, Beteiligungsplattformen zu schalten, nur sollte man als Bürger wissen, dass es sich dabei in erster Linie um Wahlwerbung handele. Aus diesem Grund sollten die Beteiligungsformen vornehmlich an das Parlament gekoppelt sein, insbesondere dann, wenn sie mit konkreten Entscheidungen verbunden würden. Dies sehe man auf lokaler Ebene vor allem beim Bürgerhaushalt. Dieser sei so ausgestaltet, dass in der Verwaltung eine Gruppe eingerichtet werde, die sich mit dem Bürgerhaushalt befasse. Hinzu käme eine Beteiligung über das Internet mit dem Ziel, Sparvorschläge zu erhalten. Am Ende könne die Verwaltung hinsichtlich konkreter Einsparungen auf den Willen des Bürgers verweisen.

Auf die Frage von Abg. Jimmy Schulz (FDP) zu dem Problem wie man die Attraktivität von Beteiligungsplattformen noch erhöhen könne, antwortet **Dr. Markus Linden**, dass es sich bei der Enquete nicht um Gremium handele, das gekoppelt sei an Entscheidungen, sondern vielmehr an einen Endbericht. Die Attraktivität könne man sicherlich ausbauen, wenn man solche Beteiligungsformen als konsultative Foren bei direkt entscheidungsrelevanten Ausschusssitzungen, die zum Beispiel mit Haushaltspolitik zu tun hätten, einrichten würde.

Im Anschluss an die Ausführungen von Prof. Dr. Christoph Neuberger erklärt er, dass Bildung ein zentraler Maßstab im Hinblick auf die Frage sei, welche sozialen Gruppen von der digitalen Partizipation ausgeschlossen seien. Bildung korreliere mit der sozialen Situation, mit dem Einkommen. Man könne sich also ausrechnen, wer von der digitalen Partizipation ausgeschlossen sei. Dieses Problem könne man teilweise durch mehr Bildung beheben, allerdings nicht umfassend, da die kognitiven Kenntnisse, die notwendig seien für eine derartige dialogische Kommunikation, nicht jedem beigebracht werden könnten. Auch würde nicht ein jeder eine derartige Bildung annehmen. Deshalb plädiere er dafür, Wahlen immer als entscheidenden

Modus der politischen Partizipation beizubehalten. In einem Forschungsprojekt habe er untersucht, wie sich verschiedene Repräsentationsformen auf die Repräsentation sozial Schwacher oder Benachteiligter auswirkten. Dabei habe die parlamentarisch-parteiliche Repräsentation im Vergleich zu anderen Repräsentationsformen, wie der direkten Demokratie oder expertokratischen Gremien oder auch im Vergleich zu Gremien, bei denen eine spezielle Gruppeneinbindung vorgeherrscht habe, immer am besten abgeschnitten. Daher sei die Bedeutung von Wahlen nicht zu minimieren, sondern herauszustellen.

Ferner könne man zur Inklusion aller Gruppen auf lokaler Ebene auch Losverfahren veranstalten. So könne man darüber nachdenken, ob man anstelle von verschiedenen Beteiligungsformen, die zusammen viel Geld kosten würden, als konsultatives Gremium einen im Losverfahren besetzten Bürgerausschuss einrichten wolle. Wenn die digitale Entwicklung so weiter gehe wie bislang, könne man außerdem darüber nachdenken, ob man nicht auch digitale Foren per Losverfahren besetze. Auf diese Weise würde man die Parität erhalten, die man ansonsten mühsam über Gruppenrepräsentation herstellen müsse.

Zu dem Punkt innerparteiliche Demokratie merkt er an, dass dieser Punkt zwar oft als Folge des digitalen Wandels beschrieben werde, jedoch müsse beachtet werden, dass die Piratenpartei nicht die erste Partei sei, die den Wert der innerparteilichen Demokratie hochhalte. Bereits Ernst Fraenkel habe darüber in den 1960er Jahren geschrieben. Dies sei dennoch ein zentraler Punkt, der bei der Gleichsetzung von E-Partizipation mit Regierungskommunikation völlig außen vor bleibe.

**Christoph Kappes** wendet sich zunächst an den **18. Sachverständigen**. Für ihn sei die Frage nach der Partizipation an Regierungsmaßnahmen relativ einfach zu beantworten. Deutschland besitze ein gewaltenteiliges System und in allen drei Gewalten müsse Information, Kommunikation und in gewisser Hinsicht auch Partizipation stattfinden, was auch der Fall sei, insofern müsse dies auch der Exekutive zugestanden werden, vor allem aufgrund ihrer Kompetenz, Gesetzesentwürfe einzubringen.

Auch die Frage nach der Anonymität, die Abg. Lars Klingbeil (SPD) gestellt habe, sei für ihn einfach zu beantworten, da er diesbezüglich eine sehr klare Position vertrete, die sich auch mit der des Gesetzgebers decke, der in § 13 Abs. 6 TMG die Anonymität von Internetdiensten bereits normativ geregelt habe. Für ihn bedeute Anonymität die Nichterkennbarkeit von Identität anhand von äußeren Merkmalen. Diese Nichterkennbarkeit sei der Normalfall im öffentlichen Raum. Sie habe eine Schutzfunktion für Minderheiten, aber auch für jedermann, der sich in Situationen befinde, die es ihm – aus Gründen die er selbst festzulegen habe – nicht ermöglichen, dass alles öffentlich werde. Anonymität habe somit auch etwas mit Privatsphäre zu tun und sei deshalb sehr wichtig. Sie diene überdies auch der Abgrenzung des inneren und des äußeren Bereichs einer Person, die einen Raum haben müsse, in dem sie sich eine Meinung bilden könne, ohne soziale Repressionen befürchten zu müssen. Er betone dabei bewusst den Begriff der „sozialen“ Repression in Abgrenzung zur staatlichen Repression. Diese Ansicht sei für ihn im Übrigen auch das Ergebnis eines eher nicht-utopischen, eher bürgerlichen Menschenbildes, das er an dieser Stelle aufgrund historischer Erfahrungen schützen wolle. Das Gesagte gelte auch für Partizipation, wo Anonymität nach seiner Ansicht erforderlich sei. Dies folge nicht nur aus Art. 38 GG, sondern eben auch aus diesem Menschenbild. Um eine anonyme Abstimmung zu gewährleisten müsse man den Abstimmungsprozess sichern, wie es ja auch im Hinblick auf den klassischen Vorgang an der Wahlurne geschehe.

Im Hinblick auf die Nachfrage des Abg. Jimmy Schulz (FDP) erklärt **Christoph Kappes**, dass er die Aussage „Transparenz könne kein Vertrauen stiften“ bewusst provokativ formuliert habe. Transparenz sei seines Erachtens eine Antwort des politischen Systems auf Misstrauen, das im Publikum entstehe. Dieses wachse wiederum aufgrund der Nichtöffentlichkeit von bestimmten Handlungen. Vertrauen sei dagegen eine Sache, die in die Zukunft gerichtet sei, also eine Erwartung an jemanden, wie er sich künftig verhalten werde. Dieses Vertrauen könne man nur aus der Vergangenheit gewinnen, wenn einem das Handeln des Gegenübers transparent erscheine. Erscheine einem das Handeln des Gegenübers aber immer transparent, ent-

stehe bei dem Einzelnen gar nicht erst ein Misstrauen. Transparenz verhindere damit Misstrauen, weshalb es wichtig sei, dass sich das politische System transparent verhalte. Er glaube aber, dass sich eine etwaige Vertrauens- und Legitimationskrise nicht durch Transparenz lösen lasse, weil Vertrauen eben eine Erwartung in die Zukunft sei, die durch die Aufdeckung künftigen Handelns nicht geleistet werden könne.

Bezüglich des Problems der Messung von Meinungsmacht sei er der Ansicht, dass dies bislang nur innerhalb des Onlinesystems geschehe. Dies werde sich in den nächsten Jahren durch das Erfassen von Referenzen, Links, Zitaten, Navigation und dergleichen ändern. Man könne dies maschinell bereits gut messen; wenn nun noch eine qualitative Ebene darüber gelegt werde, sei er sich sehr sicher, dass dies funktioniere. Man müsse sich aber von der Differenzierung „im Internet“ und „nicht im Internet“ lösen. Es habe schon immer soziale Strukturen und Netzwerke gegeben und diese würden auch jetzt – losgelöst vom Internet – existieren. Sie würden sich nun jedoch bezüglich ihrer Kommunikation im Internet ausprägen. Insofern gebe es sowohl im Internet als auch in der analogen Welt Machtstrukturen.

Im Hinblick auf die Frage, wie man die Attraktivität von Online-Beteiligungsmöglichkeiten erhöhen könne verweist er auf seine schriftlichen Ausführungen. Die Ursache für die teilweise geringe Teilnahmeintensität könne seines Erachtens mit der Isoliertheit heutiger Partizipationsangebote begründet werden. Er sei der Ansicht, dass man heutzutage strukturierte Debatten benötige, die es im Internet bislang aber nicht gebe. Stattdessen halte man noch immer am Paradigma des Artikels, der kommentiert werden könne, fest. Dies zeichne viele Debattenplattformen aus. Es wäre jedoch eigentlich wichtig, Debatten über gewisse Zeiträume periodisch zu strukturieren und mit bestimmten Phasen und Rollen auszustatten, um auf diese Weise zu einer Art strukturierten Meinungsbildung zu kommen, wie es auch Parteien täten. Er stimme insofern den Ausführungen von **Dr. Markus Linden** zu und plädiere dafür, die Unterscheidung zwischen direkter und indirekter Demokratie einmal versuchsweise beiseitezulegen. Bei einer systemischen Betrachtung der Repräsentationsform liege keine einfache Delegation vor; vielmehr sei der Repräsentant

an denjenigen gekoppelt, der delegiert habe. Nach seiner Ansicht von gehe es in Wirklichkeit um ein mehr oder weniger enges Regelsystem, wie Delegation funktioniere. Es sei wichtig über neue Formen nachzudenken. Dies betreffe auch Parteien, da die Öffnung durch eine netzartige Struktur nicht bedeute, dass irgendetwas radikal verändert werde. Es handele sich dabei vielmehr um einen Prozess, den Unternehmen bereits in den letzten 40 Jahren erlebt hätten. Diese hätten bis zu den 1970er Jahren zunächst Aufbauarbeit betrieben, seien dann in eine Phase der Prozessorganisation übergegangen – bei Beibehaltung der bestehenden Strukturen – und seien nunmehr anteilig projektweise organisiert. Man könne also alle drei Dimensionen der Wahrnehmung – hierarchisch, netzartig und temporär-projektbezogen – gleichzeitig durchführen, ohne dass dies zu Umbrüchen führe. Dies sei nach seiner Meinung ein dynamischer Anpassungsprozess, den auch die heutigen politischen Akteure durchlaufen müssten, um die Diversität zu erhalten.

Der **Vorsitzende** schlägt eine zehnminütige Pause vor.

Der **Vorsitzende** setzt die unterbrochene Sitzung fort. Es schließe sich nun die zweite Fragerunde an, in der sich jedes Mitglied der Enquete-Kommission melden könne, das Fragen an die Sachverständigen stellen wolle. Begonnen werde mit den Fragen des 18. Sachverständigen.

Der **Vorsitzende** ermöglicht **Katharina Frier-Obad (Sekretariat der Enquete-Kommission)** im Namen des 18. Sachverständigen eine Frage zu stellen.

**Nicolas Tesla** frage, wie viel Prozent der Bevölkerung maximal an der politischen Kommunikation und Partizipation teilnehmen könnten? Wie könne man dies von der klassischen repräsentativen Demokratie abgrenzen.

Die nächste Frage sei von **Bob** eingebracht worden. Er frage: Schon Jaspers und Adorno hätten darauf aufmerksam gemacht, dass ein demokratischer Austausch im Volk nur sinnvoll sei, wenn jeder einzelne Bürger dazu fähig und gewillt sei, Verantwortung für Getanes und Geschehenes zu übernehmen. Unter dem Gesichts-

punkt, dass dem Volk Vertrauen zu sich selbst und die kommunikative Kompetenz zum Mitdenken und Mitwirken fehle, stelle sich die Frage, ob die formale Partizipationsmöglichkeit durch das WWW nicht den zweiten Schritt vor dem ersten darstelle? Wie also müsse der erste Schritt ausgestaltet sein?

**Nico Schneider** interessiere: Wie verbindlich für politische Entscheidungen könne Bürgerbeteiligung auf Bundesebene sein? Wie werde der Einfluss dieses Themas auf die Motivation zur Beteiligung eingeschätzt? Welche Kriterien müssten erfüllt sein, damit Bürger einen verbindlichen Einfluss auf die Berliner Politik haben könnten? Können man von Partizipation sprechen, wenn die Ergebnisse von Beteiligungsverfahren ausschließlich mit einem "Aha, interessant, der Nächste bitte!" beantwortet würden, wie es sich z.Z. im Video auf "Dialog über Deutschland" beobachten lasse? Könnten derartige unverbindliche Verfahren der Bürgerbeteiligung das Vertrauen und Interesse in sie nachhaltig schwächen?

Wiederum **Nico Schneider** frage: Wie könnten zukünftig Methoden der Moderation und Prozessbegleitung in Beteiligungsverfahren aussehen? Lasse sich hier bereits auf elektronische und nicht-elektronische Verfahren und Best-Practices zurückgreifen? Er schätze die Notwendigkeit dafür sehr hoch ein, da 1. durch Populismus und reißerische Aufmacher doch wahrscheinlich gerne mal ein "+1" eingeheimst werde und 2. konstruktive Diskussionen, die möglichst viele (auch gegensätzliche) Meinungen integrieren, die wohl wertvollsten seien, jedoch nicht immer "automatisch" ein gemeinsames Ergebnis hervorbringen werden?

Die letzte Frage stamme von **Till Mahler**: Stellten sog. Filter-Bubbles, d. h. Algorithmen privater Firmen, die einem Nutzer Suchergebnisse anzeigen, die auf ihn zugeschnitten seien und nur seinen Interessen folgten, ein Problem dar bei der politischen Meinungsbildung? Was könne dagegen unternommen werden?

**SV padeluun** erklärt, er habe das Gefühl, man stelle sich die ganze Zeit über einsame Menschen vor, die sich mit einem Klick oder einem kleinen Text beteiligen wollten. Partizipation finde aber auch statt, indem man miteinander diskutiere, sich

face-to-face treffe. Er fragt, wie eine solche face-to-face Begegnung von Menschen aussehen könne, die im Lande verteilt seien. Brauche es dafür besondere Räume? Wie könnten diese ausgestaltet sein? Könnten das auch Arbeitsplätze für die von Prof. Dr. Christoph Neuberger angesprochenen Journalisten sein? Die Frage richte sich an **Christoph Kappes** und **Daniel Reichert**.

**SV Alvar Freude** führt aus, im Internet habe man die Entwicklung erlebt, dass immer mehr Menschen die Möglichkeit hätten, relativ einfach Inhalte zu publizieren, mit anderen zu kommunizieren. Man erlebe in gewisser Weise eine Art Kommunikationsgesellschaft, die von sozialen Netzwerken wie Twitter, facebook etc. befeuert werde. In diesem Zusammenhang seien auch Grundrechte betroffen, z.B. Fragen der Presse- oder Meinungsfreiheit. Die Frage sei, ob mit den neuen Möglichkeiten, die sich böten, auch neue Grundrechte eingeführt oder entsprechend normative Anpassungen durchgeführt werden sollten. Sollte beispielsweise ein Grundrecht auf Internet oder auf Kommunikation in der Verfassung festgeschrieben werden oder das Recht auf Anonymität? Die Frage sei insbesondere an **Prof. Dr. Christoph Neuberger** und **Prof. Dr. Gerhard Vowe** gerichtet.

**SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring** berichtet, er habe in den schriftlichen Ausführungen von **Christoph Kappes** mit Interesse über Wege zur Verbesserung der Kommunikation von der Partizipation durch Relevanzfilter gelesen. **Dr. Markus Linden** habe das Losverfahren mit Blick auf local services angesprochen. Von Interesse sei, hier noch einmal genauer darzustellen, was dies in der Praxis, Selektionskriterien etc., bedeute. Die Diskussion solle primär darüber geführt werden, wie Partizipation verbessert bzw. sachgerechter stattfinden könne. Wie seien die Ausführungen im Einzelnen gemeint?

**Abg. Gerold Reichenbach (SPD)** erklärt, von **Prof. Dr. Gerhard Vowe** und **Dr. Markus Linden** sei bereits angesprochen worden, dass die Mitgestaltung innerhalb des Netzes abhängig sei von der Fähigkeit und der Macht, über die diejenigen verfügten, die partizipieren wollten. Dies sei kein neuer Faktor, da auch bisher die Möglichkeit sich in den politischen Prozess einzubringen davon abhängig gewesen sei, wie or-

ganisations- und artikulationsfähig die Individuen gewesen seien. Dies sei auch sehr stark vom sozialen Status abhängig. In der Geschichte der politischen Kommunikation habe man am Beispiel der Zeitungs- und Printmedien gesehen, dass über die Flugschriften und Flugblätter zu einer Verbreiterung der Kommunikation bis zu denjenigen Individuen der Gesellschaft gekommen sei, die nicht an der bürgerlichen Zeitungskommunikation teilnehmen konnten. Könnten sich ähnliche Mechanismen im Netz etablieren, die zu einer Verbreiterung führen und nicht die jetzt Wirkmächtigen die Gatekeeper bleiben? Komme den Organisationen, die politische Kommunikation zu organisieren hätten, wie Gewerkschaften, eine ähnliche Funktion zu, wie man sie aus dem neunzehnten Jahrhundert kenne, nämlich für die Nicht-artikulationsfähigen Kommunikation zu organisieren? Sollten daher nicht diejenigen, die netzmächtig seien, ihre Macht nutzen, die Interessen derer zu organisieren und zu artikulieren, die momentan dazu nicht ausreichend in der Lage seien, anstatt vorrangig eigene Interessen im Netz zu verfolgen?

**Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** merkt zur Äußerung von Daniel Reichert, der die mangelnde Beteiligung der Abgeordneten auf der Online-Plattform der Internetenquete angesprochen habe, an, dies zeige die Schwierigkeit der Abgeordneten auf, die auf vielen Plattformen aktiv sein müssten. Die eigenen Kapazitäten seien begrenzt. Man sehe daher in der Internetenquete vor allem die öffentliche Diskussion als wichtig an.

Sie führt aus, **Prof. Dr. Gerhard Vowe** habe in seiner Stellungnahme bereits auf die Volatilität der Wählergunst hingewiesen, die sehr stark auch von Online-Medien beeinflusst werde. Sie bitte um Erläuterung, worin die Logik von Online-Medien liege. Wie müsse sich der Journalismus wandeln; wie darauf reagieren? Die zweite Frage sei, was es für die Nachrichtenauswahl bedeute, wenn die Themensetzung im Internet viralisierbar sein solle. Prof. Dr. Gerhard Vowe habe ausgeführt, je überraschender und unterhaltsamer Nachrichten seien, müsse Journalismus nach ganz anderen Kriterien betrieben werden bzw. müssten für die Nachrichtenauswahl gänzlich andere Kriterien angelegt werden. Was bedeute dies tatsächlich für den Journalismus?



**Der Vorsitzende** erklärt, ihm lägen noch Wortmeldungen der **SV Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Markus Beckedahl, Dr. Jeanette Hofmann, Annette Mühlberg, Prof. Dr. Christof Weinhardt** sowie des **Abg. Herbert Behrens (DIE LINKE.)** vor. Auf seine Nachfrage gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende schließt daraufhin die Rednerliste.

**SV Prof. Dr. Wolfgang Schulz** stellt die Frage, was man eigentlich über die Gruppe der Digitalbürger und deren Strukturen politischer Kommunikation wisse? Hier sei ein Überblick von Interesse. Man gewinne den Eindruck, es bildeten sich Kommunikationsstrukturen heraus, in denen ganz wenige benennbare Individuen die Meinung prägten. Sowohl im politischen System als auch in den klassischen Massenmedien würden diese immer als die Digitalbürger angesehen bzw. sogar auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Gebe es empirisches Material dazu, wie die Struktur der Kommunikation hier verlaufe? Andererseits müsse man auch fragen, was wisse man über diejenigen, die in diesem Bereich nicht aktiv seien. Den Studien sei die Grundtendenz zu entnehmen, dass sich die Partizipationsbasis im Prinzip nicht stark verändert habe. Das heiÙe, dass in Zeiten des Internets diejenigen ihr Aktivitätsniveau erhöhen könnten, die auch schon früher politisch aktiv waren und jetzt das ganze Spektrum der neuen Medien nutzten. Warum beteilige sich die andere Gruppe nicht? Welche Gründe gebe es? Fehle das Interesse oder existierten Hürden, die es zu beseitigen gelte? Gebe es Praxisbeispiele aus anderen Staaten, wo die Beteiligung dieser Personengruppe gelungen sei? Mobilisierung fände punktuell, also Issue-bezogen, statt. Bezogen auf die Gesamtbreite der Partizipationsbasis habe sich aber wenig verändert.

**SV Markus Beckedahl** äußert, es sei von Interesse, wie man neue Transparenz- und Beteiligungsprojekte und deren Kultur fördern könne. Es sei bisher viel Steuergeld in Projekte geflossen, die am Ende nicht zur gewünschten Beteiligung geführt hätten. Andererseits gebe es viele kleine Transparenzprojekte, die ehrenamtlich betrieben würden, die innovativer seien und eine höhere Zahl von Nutzern aufzuweisen hätten, die aber bisher nicht wahrgenommen und auch nicht gefördert würden. Hier

gebe es eine große Diskrepanz. Daher richte er an die Praktiker, **Daniel Reichert** und **Stefan Wehrmeyer**, die Frage, wie eine monetäre oder auch nicht-monetäre Förderung in diesem Bereich aussehen könnte. Interessant sei aber auch, welche Möglichkeiten die übrigen eingeladenen Sachverständigen sähen, die das eher aus wissenschaftlicher Perspektive betrachteten.

**Abg. Herbert Behrens (DIE LINKE.)** formuliert, man versuche herauszufinden inwieweit es wirklich einen Strukturwandel geben müsse bzw. geben werde; in der politischen Kommunikation und damit auch in der Partizipation. Strukturwandel setze voraus, dass eine Struktur existiere, die sich wandeln solle oder sich eben nicht wandeln werde. Anknüpfend an die These von **Dr. Markus Linden**, dass es durch das Internet eine bessere Partizipation im politischen Willensbildungsprozess nicht geben werde, Transparenz aber ganz entscheidend sei, sei die Frage, wenn man Partizipation auf der Grundlage von mehr Transparenz denke, wo beginne dann der interaktive Prozess? Bezug nehmend auf die vorherigen Ausführungen von Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.) die Beteiligungsvielfalt betreffend, bitte er Position zu beziehen, was die Ausgrenzung von der Partizipation oder die Nichtinanspruchnahme der neuen Möglichkeiten durch bestimmte Personengruppen angehe.

**SV Dr. Jeanette Hofmann** fragt **Prof. Dr. Gerhard Vowe** und **Prof. Dr. Christoph Neuberger**, wie beeinflusse die digitale Öffentlichkeit das Verhältnis zwischen Politik und Bürgern im Hinblick auf die Rechenschaftspflichtigkeit dessen, was die Politik mache? Solle man sich dies als eine moderne Form des Spießrutenlaufs vorstellen, bei der Bürger Politiker, die sich als schwarze Schafe erwiesen, vor sich hertrieben? Oder sei auch vorstellbar, dass sich hier langfristig neue Gewohnheiten herausbildeten, die zu einem guten für beide Seiten bildenden Dialog führten? **Prof. Dr. Wolfgang Merkel** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) behaupte, neue Beteiligungsformen führten zu einer Vergrößerung politischer Ungleichheit, da die Artikulationsmächtigen bestärkt würden, während die politisch marginalisierten eher noch stärker an den Rand gedrängt würden. **Dr. Markus Linden** wird gefragt, ob er dies auch so sehe.

**SV Annette Mühlberg** erklärt, auch die mangelnde Beteiligung der Sachverständigen auf der Online-Plattform der Internetenquete resultiere aus einem Zeitmangel. Das sei das grundsätzliche Problem aller Enquetemitglieder.

Wenn es um die Ungleichheit in der Partizipation gehe, so sei klar, dass jemand der drei Kinder erziehe und einen Arbeitsplatz habe, an dem er keinen Zugriff auf das Internet habe, z. B. an einer Supermarktkasse, in der verbleibenden Zeit, meist in den Abend- oder Nachstunden, eine geringe Partizipationsaffinität aufweise. Wie könne dieses Medium dennoch genutzt werden?

Wenn es um die – zuvor von **Christoph Kappes** vertretene – Nicht-Identifizierbarkeit der Identität der Nutzer gehe, so gebe es weiterhin zur Nutzung existierender Plattformen die Notwendigkeit, seinen Klarnamen zu benennen. Dass dies in der Regel Voraussetzung der Nutzung sei, zeige ein Blick in die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) von Social-Media-Anbietern. Ebenso sei öffentlich dokumentiert und recherchierbar, wer sich an E-Petitionen des Deutschen Bundestages beteilige. Es gehe nicht mehr nur darum, die Identität festzustellen um Mehrfachabstimmungen zu verhindern, sondern das aktuelle Verfahren bedeute auch, dass man online namentlich erkennbar und recherchierbar werde. Dies betreffe nicht nur den Datenschutz, sondern erstrecke sich generell auf die Frage der Abgabe von Nutzerrechten. Im Augenblick seien die Plattformen so strukturiert, dass der Nutzer aufgrund der in den AGB enthaltenen Bestimmungen eine Menge Rechte an die Plattformbetreiber abtrete. Man gebe Rechte an Ideen, Bildern etc. ab. Müsse es hier nicht einen grundsätzlichen Vorstoß geben – auch im Sinne von Forschungs- oder Infrastrukturförderung –, der darauf abziele, Plattformen so neutral zu gestalten, dass sie die Partizipation, den Austausch im Allgemeinen und insbesondere die demokratische Diskussion förderten? Was könne hier getan werden? Welche Handlungsempfehlungen könne man hier geben?

**SV Prof. Dr. Christof Weinhardt** fragt, warum Verfahren der E-Partizipation nicht für Abstimmungsprozesse genutzt werden könnten? **Dr. Markus Linden** habe dies vor allem vertreten. Gehe es um Fragen des Online-Zugangs? Man könne auch hyb-

ride Verfahren verwenden. Ein Großteil der Menschen verfüge zudem bereits über einen entsprechenden Zugang. Die erwähnte Kassiererin an der Supermarktkasse, die obendrein drei Kinder zu versorgen habe, könne sich online wahrscheinlich eher beteiligen, als dass sie zu einer Veranstaltung gehen könne. Insofern eröffneten sich Möglichkeiten, sich überhaupt beteiligen zu können.

**Christoph Kappes** antwortet auf die Frage des **SV padeluum** nach der Kommunikation unter Anwesenden. Diese sei sehr wichtig, um soziale Strukturen bilden zu können, weil dies zu Vertrauen führe. Die Wahrnehmung des Menschen sei auch darauf gerichtet, die Mimik und Gestik anderer Menschen wahrzunehmen und dies auch zeitlich gestreckt. Gerade durch nonverbale Kommunikation würden viele Signale gegeben, die vertrauensstiftend seien oder eben nicht. Nach der Richtung, in die sich Kommunikation entwickeln werde gefragt, glaube er, dass sich hybride Formen herausbilden werden, bei denen es zu Präsenztreffen komme, aber eben auch online-Kommunikation stattfinde. Auch heute würde man nicht zwischen Menschen unterscheiden, mit denen man telefoniere und jenen, mit denen man sich treffe. Das Internet komme der Kommunikation unter Abwesenden sehr entgegen. Im Bekanntenkreis erlebe er, dass es zu Google-Hangouts komme. Man treffe sich mal, um sich kennen zu lernen, nutze aber auch Videokonferenzen. In Kleingruppen funktioniere das bereits.

Bezüglich der Frage des **SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring** zur Partizipation durch Relevanzfilter glaube er, dass es eine Politisierung gebe. Wenn es sich durchsetze, dass durch Maschinen, die soziale Beziehungen abbildeten, Informationen und Nachrichten zu den Menschen gelangten, könne nicht vermieden werden, dass bestimmte Empörung auslösende politische Diskussionen ihren Weg zu den Menschen fänden. Anders als beispielsweise beim Fernsehen, wo man bestimmen könne, was man ansehen wolle oder eben auch ausblenden könne, was man nicht wolle, sei dies im Online-Medium so nicht möglich. In Kombination mit den Local-Services, von denen man bisher auch nur die ersten Vorläufer sehe, glaube er, dass es zu einer sehr starken Förderung der Kommunikation der örtlichen Gemeinschaft

kommen werde. Hier müsse man dann die verschiedenen Organisationsebenen der politischen Kommunikation unterscheiden.

Zur Frage des Journalismus meine **Christoph Kappes**, dass es aufgrund der Eigenheiten der digitalen Kommunikation möglicherweise zu Qualitätsproblemen im Journalismus allgemein kommen werde. Weil beide, kommerzielle und öffentlich-rechtliche Angebote, reichweiteorientiert seien. Da Effizienz messbar werde, entscheide man sich im Zweifel zu Gunsten der Reichweite. Man sehe bereits in wissenschaftlichen Studien zu bestimmten Nachrichtenportalen, dass dort eine gewisse Boulevardisierung stattfinde.

Danach gefragt, was man über die Kommunikationsstruktur heutiger Netzkommunikatoren wisse, halte er diese für heterogen und teilweise unsichtbar. Man sehe nur den Teil, der beispielsweise öffentlich getwittert werde. Andere Teile, z. B. wer sich mit wem treffe oder wer untereinander E-Mails austausche, sehe man nicht. Das sei das Wesen jeder sozialen Struktur. Man komme von außen nicht nach innen. Ein „innen“ könne sich auch nur bilden, wenn es sich nach außen abgrenze. Das berühre das Thema Transparenz. Die Netzgemeinde spiegele die Politik. Das sei das Paradoxe, dass sie aber genauso hermetisch sei, wie es Politik eben sei. Das Wesen sozialer Strukturen sei eben Identitätsbildung durch Abgrenzung.

Zur Frage der **SV Annette Mühlberg** nach den Plattformen führt **Christoph Kappes** aus, wenn man privatwirtschaftlich betriebene Plattformen fördere, stelle sich auch immer die Frage nach kommerziellem Einfluss. Das sei auch bei allen Großen so, Google, Apple, Facebook. Er wolle jedoch nicht behaupten, das sei heute schon ein Problem. Bei öffentlich rechtlich betriebenen habe man es insbesondere mit Datenschutzthematiken zu tun. Seines Erachtens sei es der richtige Weg, Infrastruktur zu fördern, das heiße, die Finanzierung und auch die Methodiken weiterzuentwickeln, wie jedermann sich seine Diskursplattform aufsetzen könne, im Sinne eines Baukastensystems. So wie die Internetkampagnenmechanismen, wie campact heute schon arbeiteten. Geld solle also nicht in Solitäre, sondern in entsprechende Bauteile investiert werden.

An die These von der Filterbubble, die Frage von **Till Mahler** aus der Bürgerbeteiligung, glaube er nicht. Sehe man sie lediglich im Vergleich zu herkömmlichen Medien, unterschlage man, dass das digitale Medium auch in vielen Bereichen Räume öffne, weil es zum Beispiel über Links Inhalte untereinander vernetzbar mache und weil durch den Filter, der auch natürlich gesetzt werde und ein normales Phänomen sei, nie der Zugang zur Urquelle direkt verbaut werde.

**Dr. Markus Linden** erklärt, zunächst die Frage des **SV Prof. Dr. Christof Weinhardt** nach den Online-Wahlen beantworten zu wollen. Er habe bereits ausgeführt, dass Formen der E-Partizipation nicht entscheidungsrelevant sein sollten, das heiÙe, es solle kein Beteiligungsverfahren neben dem parlamentarischen Prozess geben, aus dem eine Entscheidung resultiere. Er habe seine Ablehnung nicht auf Online-Wahlen bezogen. Es könne sein, dass irgendwann der Bundestag online gewählt werde. Er wäre eher dagegen, weil der Gang zur Wahl ein republikanischer Akt sei, mit dem auch etwas verbunden sei. Das sei aber eher ein emotionales, als ein hartes Argument. Er wende sich gegen den direkten Einfluss der E-Partizipationsformen auf die praktische Politik, so wie er gefordert werde. Es solle sich um konsultative Verfahren handeln, nicht um entscheidungsrelevante.

**SV Dr. Jeanette Hofmann** habe gefragt, ob die These von Prof. Dr. Wolfgang Merkel (WZB) stimme, dass die direkte Demokratie Minderheiten benachteilige. Ja, tendenziell sei diese These richtig, weil bei direktdemokratischen Verfahren im Vergleich zu parlamentarischen Abstimmungen in der Regel die Beteiligung sinke. Die Beteiligung sinke zudem in den sozial schwächeren Bevölkerungsschichten prozentual mehr, als in den sozial stärkeren Bevölkerungsschichten. Ein besonders starkes Beispiel sei Hamburg. Dort sei über eine Schulreform direktdemokratisch abgestimmt worden, die im Sinne sozial schwächerer Bevölkerungsschichten gewesen sei. Diejenigen, die es betroffen habe, seien aber der Abstimmung fern geblieben. Mit vierzigprozentiger Wahlbeteiligung sei ein Gesetz gekippt worden, welches die Hamburgische Bürgerschaft verabschiedet hatte, die mit sechzigprozentiger Wahlbeteiligung gewählt worden sei. Die These stimme also tendenziell. Dazu könne nachgele-

sen werden bei Prof. Dr. Adrian Vatter, der dazu Untersuchungen bezüglich der Schweiz vorgelegt habe, die insbesondere Minderheitenpolitik betreffen.

**Abg. Herbert Behrens (DIE LINKE.)** habe nach dem dialogischen Prozess gefragt. **Dr. Markus Linden** führt aus, er verteidige das Repräsentationsprinzip. Das er-  
scheine manchmal so, als sei man gegen Partizipation. Da sei nicht so, aber es müs-  
se ein Wechselspiel geben zwischen Partizipation und Repräsentation. Das beziehe  
sich auch auf die Frage des **Abg. Gerold Reichenbach (SPD)** nach den Selektionskri-  
terien. Die klassischen Selektionskriterien in der Demokratie seien Konflikt- und  
Organisationsfähigkeit. Darin unterschieden sich die verschiedenen Gruppen. Vor-  
feldmitarbeiter am Frankfurter Flughafen seien organisations- und konfliktfähiger  
als wissenschaftliche Mitarbeiter in einem Sonderforschungsbereich. Das könne  
man an der Gehaltsstufe ablesen. Diese Selektionskriterien griffen im Verbandska-  
nal, griffen aber weniger im Wahlkanal. Das sei so, da der Wahlkanal – die Auswahl  
von Parteien – wesentlich transparenter sei. Es würden Alternativen dargeboten.  
Abhängig sei dies von den Informationskosten. Steigere man Komplexität auf politi-  
scher Ebene soweit, dass Verantwortlichkeit nicht mehr zurechenbar sei, dass man  
nicht mehr wisse, wer was getan habe, dann werde es schwer, Verantwortlichkeit  
zuzuweisen. Damit werde es auch schwerer, egoistisch zu wählen; am Ende gehe  
man gar nicht mehr wählen. Mithin seien Informalisierung des politischen Wettbe-  
werbs – die sprichwörtlichen Hinterzimmer –, mangelnde Transparenz der alterna-  
tiven Erscheinungsformen, die der Repräsentation von sozial Schwachen entgegen-  
wirkten, weil sie nicht mehr rational wählen könnten. Sozial stärkere, gebildete  
Schichten könnten rationaler wählen. Insofern fordere er immer die Aufrechterhal-  
tung des dialogischen Prozesses, damit es zum Grundmodus der Wahl, nämlich der  
vorweggenommenen Reaktion, komme. Am konkreten Beispiel bedeute dies: Angela  
Merkel wisse, es fliege ein Atomkraftwerk in die Luft und sie werde ihre Politik  
nicht mehr durchsetzen können. Die vorweggenommene Reaktion sei, den Atom-  
ausstieg jetzt zu initiieren, denn in zwei Jahren seien Wahlen. Politiker reagierten  
auf zwei Dinge, nämlich auf Regeln und auf Wählerstimmen. In dem Moment, wo  
Wähler ihre Stimme nicht mehr rational abgeben könnten, weil sie Verantwortung  
nicht mehr zuweisen könnten, wirke sich dies auf den politischen Prozess stark de-

fizitär aus. Insofern sei Transparenz und größtmögliche Öffentlichkeit im parlamentarischen Prozess eine Grundvoraussetzung dafür, dass es zu so etwas wie einer paritätischen Repräsentation von Interessen kommen könne.

**SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring** habe gefragt, was das Losverfahren bewirke. Dazu merke er an, die Zusammenwirkung von Repräsentation und Partizipation sei ein politischer Integrationsmodus. Ein allgemeiner gesellschaftlicher Integrationsmodus sei die überlappende Mitgliedschaft. Man könne auch sagen, die Abwesenheit von Parallelgesellschaft, also von Leuten, die aus der Politik exkludiert seien. Die Wirkungsweise, die dahinter stecke sei die, dass wenn jemand auf lokaler Ebene per Losverfahren in ein Gremium gewählt werde und dann in seinem Kiez berichte, dass sinnvoll sei, was in dem Gremium geschehe, dies eine größere Wirkung habe als man annehme. Vergleichbar sei dies mit dem, was im Internet als Schwarmintelligenz bezeichnet werde. Das sei auch ein politisches Bildungsprogramm.

Die von **SV Alvar Freude** angesprochene Verfassungsänderung lehne er ab. Immer wenn ein aktuelles Thema aufkomme, werde dazu eine Verfassungsänderung gefordert. Mal sei es die innere Einheit, dann die Integration und jetzt solle irgendetwas zum Internet ins Grundgesetz. Er glaube, das Grundgesetz reiche vollkommen aus, so wie es sei.

Zur Frage aus der Bürgerbeteiligung von **Nicolas Tesla**, wie viel Partizipation maximal möglich sei, könne gesagt werden, dass es nach oben prinzipiell keine Grenze gebe, solange klar sei, wer was gemacht habe und der- oder diejenige dafür verantwortlich gemacht werden könne. Das Verhältnis von Repräsentation und Partizipation sei ein Komplementärverhältnis. Jede Form der Repräsentation sei eine Form der Partizipation und umgekehrt. Das entscheidende an der politischen Repräsentation im Vergleich zur Partizipation sei die Öffentlichkeit, Verantwortlichkeit und die Zurechenbarkeit. Dies unterscheide Repräsentation von Partizipation und somit den Parlamentarier vom Demonstranten.



Ein weiterer Beitrag aus der Bürgerbeteiligung, von **Bob**, behauptete, Kompetenz fehle. Das glaube er nicht. In Deutschland sei das politische Interesse sehr stark ausgeprägt. Gebe es Alternativen, werde auch zwischen den Alternativen gewählt.

**Nico Schneider** habe über die Beteiligungsplattform die Frage eingebracht, wie verbindlich könne Bürgerbeteiligung auf Bundesebene für politische Entscheidungen sein? Dazu erkläre er, er trete natürlich ein wenig als Kritiker dieser direkten Beteiligungsformen auf. Die könne man aber auf Landesebene nicht wieder zurückfahren. Habe man erst einmal etwas als demokratisches Verfahren eingeführt, müsse man daran festhalten. Es solle aber versucht werden, das Verfahren zu optimieren. Keinesfalls solle man ein weiteres Verfahren aufsetzen, wenn das erste nicht funktioniert habe. Am Ende habe niemand mehr den Überblick. Er schlage vor, auf Bundesebene direkte Demokratie zuzulassen, aber nur als Veto-Initiative, das heiÙe, es könne ein Veto initiiert werden, was dazu führe, dass sich das Parlament einer Sachfrage neu annehmen und das Veto zurückweisen müsse. Das wirke der sogenannten diskursiven Hegemonie entgegen, was vom Bürger bisweilen als die Existenz einer abgeschotteten herrschenden Klasse wahrgenommen werde. Im Ergebnis der Veto-Initiative müssten Alternativen wieder aufgebrochen werden, zu denen sich die Parteien positionieren müssten.

**Prof. Dr. Christoph Neuberger** antwortet auf die Frage des **SV Markus Beckedahl**, wie man neue Transparenz- und Beteiligungsprojekte und deren Kultur fördern könne. Er sei der Auffassung, das Internet sei ein großes Experimentierfeld, das von Versuch und Irrtum lebe. An dessen Peripherie passierten häufig die interessantesten Dinge. Die Besonderheit des Internets sei, dass es ein niedrigschwelliges Medium sei, wo jeder ohne viel Aufwand mitmachen könne. Es sei sinnvoll, hier neue Förderinstrumente zu schaffen. Vergleichbar der Filmförderung sollten relativ frühzeitig Projekte identifiziert werden, denen man eine Art Anschubfinanzierung mitgeben könne. Diese solle zeitlich befristet sein, um der Dynamik des Mediums Internet folgen zu können.

Auch zur Frage der **SV Dr. Jeanette Hofmann** im Hinblick auf die Rechenschaftspflichtigkeit dessen, was die Politik mache, gebe es spannende Entwicklungen. Projekte wie Abgeordnetenwatch könne man hier beispielhaft anführen. Dort sei die Disziplin relativ hoch. Die Politiker verspürten einen gewissen Druck, Antworten zu geben. Ein weiteres interessantes Projekt sei ZDF-Parlameter, das das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier dokumentiere, um es nachvollziehbar zu machen. In den USA gebe es das Obameter einer Tageszeitung, wo über die Wahlversprechen Barack Obamas genau Buch geführt und nachgezeichnet werde, inwieweit er diese Wahlversprechen gehalten habe.

Zur Frage wie man die Gruppen der Gesellschaft mobilisiere, sich an politischen Diskursen zu beteiligen und wie dann diese Diskurse organisiert und moderiert werden könnten, glaube er, es stecke noch enormes Potenzial im Medium Internet. Ein Negativbeispiel sei, dass man zwar Online-Artikel kommentieren könne, sich aber letztlich niemand in der Redaktion dafür interessiere, was dort geschrieben worden sei. Die Möglichkeiten zur Führung langfristiger Dialoge über Tage, Wochen oder Monate hinweg seien fantastisch, was auch Archivierung und Vernetzung angehe. Man könne sich im Dialog aufeinander beziehen, anstatt nur sein Statement abzugeben. Es gebe viele Möglichkeiten der Interaktion, die zudem räumlich und zeitlich unabhängig stattfinden könne. Es sei z.B. darum gegangen, Talkshows internetfähig zu machen. Hier könne man vor allem durch Abwechslung der unterschiedlichen Formen der Interaktion ganz unterschiedliche Gruppen beteiligen. So sei vorstellbar, dass nicht nur Vertreter der Gruppen Teilnehmer der Diskussionsrunde seien, sondern dass es zwischendurch auch Abstimmungsrunden geben könne, um die breite Masse zu beteiligen. Dazu müsse man die Argumente vorsortieren und es müsse die Möglichkeit bestanden haben, sich im Vorfeld entsprechend zu informieren. Für Deutschland könne er als Best-Practise- Beispiel die Aktion Mensch nennen, die versucht habe, eintausend Fragen online zu diskutieren. Dort sei zuerst einmal gefragt worden, worüber überhaupt gesprochen werden solle, anstatt nur Fragen vorzugeben.

Die Frage des **SV Alvar Freude**, ob es ein Grundrecht auf Zugang zum Internet geben solle, sei für ihn als Nicht-Jurist nur schwer zu beantworten. Der allergrößte Teil der Bundesbürger habe einen solchen Zugang, sodass dies nicht mehr die entscheidende Frage sei. Auch die ökonomischen Barrieren seien nicht mehr allzu hoch.

**Daniel Reichert** erklärt, die Fragen möglichst kurz beantworten zu wollen, obwohl die meisten für eine längere Diskussion geeignet seien.

Was die Notwendigkeit zur Moderation der Prozesse im Zusammenwirken mit dem 18. Sachverständigen angehe, so sei es wichtig, dass diese Prozesse moderationsfrei blieben; zumindest in dem Sinne, dass ein Moderator die Diskussion mit steuern könne. Ansonsten werde eine Machtposition geschaffen, die es ermögliche, Einfluss auf die Diskussion zu nehmen, die somit nicht wirklich transparent sein könne. Unterstützende Moderation, die erläutere und Fragen beantworte, sei hingegen wünschenswert. Zu verbessern sei die redaktionelle Prozessbegleitung. Die Masse der bereitgestellten Informationen müsse auf eine Weise verdichtet werden, die sie für die Bürger nachvollziehbar mache.

Zur Frage von **Nico Schneider** aus der Beteiligungsplattform, wie verbindlich Bürgerbeteiligung auf Bundesebene für politische Entscheidungen sein könne, sei seine Meinung, dass dies derzeit nicht wünschenswert sei. Es gebe bereits viele Mechanismen. Zudem sei es ein unheimlicher Aufwand, den es zu bewerkstelligen gelte. Insbesondere stelle sich die Frage der Anonymität oder der Verwendung von Klarnamen. Wie könne man hier eindeutige Entscheidungen treffen? Hier biete sich eine große Chance für die Parteien, weil sie den Bürgern auf Bundesebene einen neuen Zugang zur Mitgestaltung von Politik eröffnen könnten, der sich durch die Abgeordneten auf die Fraktionen und hinein in den Bundestag übertrage. Die Nachfrage sei da. Daher erlebten Parteien wie die Piratenpartei gerade einen großen Zulauf, die das anböten. Er denke, dies sei auch attraktiv für andere Parteien. Insgesamt könne man aber sagen, dass es wünschenswert sei, dass es zur letzten Entscheidung ein Parlament gebe, das letztlich unabhängig sei, um gegenzusteuern, falls es Ausschläge gebe, die nicht repräsentativ seien.

In der Frage von **Bob** werde durcheinander gebracht, was allgemeine Phänomene der politischen Beteiligung oder der Gesellschaft seien und was explizit mit dem Internet zu tun habe. Auf allen politischen Beteiligungsebenen sehe man derzeit die Diskrepanz zwischen den Beteiligungsgruppen. Schauen Sie sich an, wer zur Wahl gehe, wer Mitglied einer Partei sei oder sich in der Partei engagiere, so gebe es immer ein Gefälle. Das Internet werde dieses Gefälle nicht auflösen können und müsse daher immer parallel behandelt werden. Nichtsdestotrotz glaube er nicht, dass der zweite Schritt vor dem ersten vollzogen werde, wenn man das Internet zur Beteiligung einsetze. Man versetzte die Menschen, die sich einbringen wollten, es über die klassischen Strukturen aber nicht könnten, in die Lage, mehr machen zu können als zuvor.

**SV padeluun** habe nach den dezentralen Veranstaltungen gefragt. Er führt aus, digitale Beteiligungsprozesse sollten nur als zusätzliches Angebot dienen. Es gebe aber sicher noch Möglichkeiten, dies enger mit den Orten zu verzahnen, an denen heute Demokratie vor Ort stattfindet. Das könne sicherlich auch in den entsprechenden Tools noch besser umgesetzt werden. Insgesamt sollten aber beide Ebenen miteinander verbunden werden, damit man vor Ort geführte Diskussionen nachvollziehen könne, wenn man nicht anwesend sein könne. Diese Herausforderung eine Schnittstelle zwischen der Vor-Ort-Veranstaltung und der Online-Veranstaltung zu schaffen, habe man in den Projektgruppen der Enquete-Kommission angenommen.

Zur Frage nach den Losverfahren, die **SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring** gestellt habe, sei zu sagen, dass man so viele Beteiligungsverfahren wie möglich einsetzen solle. Gleichwohl solle man nicht übersehen, dass die Losverfahren nicht leisten könnten, dass die Bürger, die sich beteiligen wollten, beteiligt würden. Es handle sich immer nur um eine zufällig gewählte kleine Gruppe. Den Bürgern, die sich beteiligen wollten, eröffne dies nicht die Möglichkeit dazu. Das führe dazu, dass die Akzeptanz politischer Entscheidungen bei dieser Gruppe nicht wesentlich gestärkt würde. Diese Menschen hätten bereits durch ihre Wahl politische Repräsentanten entsandt.

**Abg. Gerold Reichenbach (SPD)** habe nach der Rolle von Organisationen wie Gewerkschaften und NGO's gefragt. Hier liege noch eine große Chance, wenn man diese noch direkter in die Beteiligung einbeziehe. Sie sollten die Rolle einnehmen, die Positionen, die sie bereits mit der Gruppe, deren Interessen sie vertrete, erarbeitet habe, verstärkt über das Medium Internet in den transparenten Diskurs einzubringen. Auf [enquetebeteiligung.de](http://enquetebeteiligung.de) werde dies mit der Organisationsfunktion versucht. Wünschenswert sei, dass die Organisationen die Interesse ihrer Mitglieder auf diese Weise einbrächten, gerade für z. B. gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die am Arbeitsplatz nicht die Möglichkeit hätten, online zu gehen und abzustimmen. Es sei wichtig, dass diese mitgehört werden könnten; auch mit der Gewichtung, die sie gesellschaftlich hätten.

An **Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** und **SV Annette Mühlberg** gewandt, die jeweils den Arbeitsaufwand der Beteiligung angesprochen hätten, führt er aus, Bürgerbeteiligung sei für alle Beteiligten ein Arbeitsaufwand; auch für die Menschen, die nicht Abgeordnete seien. Die meisten dieser Menschen seien auch berufstätig und hätten wenig Zeit und investierten diese trotzdem. Er glaube aber – und dies sei ein Vorteil der many-to-many-Kommunikation –, dass sich nicht jede Person – und damit auch nicht jeder Abgeordnete oder Sachverständige – ständig aktiv einbringen müsse, indem Texte eingearbeitet würden. Die Chance liege vielmehr darin, dass wenn alle Abgeordneten oder Sachverständigen die Tools nutzten, alle relevanten Standpunkte eingebracht würden. Es müssten nicht alle Standpunkte mehrfach eingebracht werden. Oft sei es so, dass es in der politischen Diskussion lediglich drei oder vier Standpunkte gebe. Es sei viel gewonnen, wenn diese eingebracht würden und nachvollziehbar sei, wer welchen Standpunkt unterstütze. Texte müssten zudem nicht neu verfasst werden. Sie lägen aus den Projektgruppensitzungen bereits vor. Stelle man diese zu einem früheren Zeitpunkt online, hätte der Bürger bereits die Möglichkeit zu sehen, welche Interessen und entsprechenden Begründungen es in der Diskussion gebe. Dies versetze den Bürger in die Lage, qualifiziert an der Diskussion teilzunehmen.

Er wünsche sich, dass künftig eine größere Gewichtung auf diese neuen Medien gelegt werde. Politiker müssten sich responsiv verhalten und täten dies auch heute schon. Ein Abgeordneter habe berichtet, er habe im vergangenen Jahr 20.000 E-Mails beantwortet. Es sei gut, dass geantwortet werde, aber es sei ein enormer Zeitaufwand und die Antwort erreiche jedes Mal nur einen Bürger. Durch die many-to-many-Kommunikation – wie bei Abgeordnetenwatch- habe man die Möglichkeit, dass eine Antwort von so vielen Bürgern gelesen werden könne, wie Interesse vorhanden sei. Nutze man diese Medien bzw. Tools klug, erspare man sich Arbeit, da man nicht mehr jedem Einzelnen antworten müsse, der anfrage.

Zur Frage des **SV Markus Beckedahl** nach der Förderung kleinerer Initiativen, führt er aus, dass es schön wäre, wenn es für solche – meist ehrenamtlich betriebene – Projekte eine langfristige Förderung gebe, um die Projekte aus den gemachten Erfahrungen heraus langfristig weiterentwickeln zu können. Im Gegenzug entwickle man ja auch die Infrastruktur, die von jedermann kostenlos weiter verwendet und auch weiter entwickelt werden könne. Er unterstütze es daher, wenn staatliche Institutionen oder Parteien nicht auf proprietäre Technik setzten, sondern helfen würden, indem sie Projekte wählten, die eine Lizenzform gewählt haben, die es auch allen anderen ermögliche, diese Infrastruktur dann zu nutzen und weiterzuentwickeln. Andere Unterstützungsmöglichkeiten wären, dass die Mitarbeiter die eigene Zeit mehr einsetzen, um sich einzubringen. Das Hauptkriterium für den Erfolg einer solchen Bürgerbeteiligung sei, dass es auch von den Entscheidungsträgern genutzt werde. Ebenso sei wünschenswert, dass Mittel zur wissenschaftlichen Evaluierung dieser Prozesse durch Dritte bereitgestellt würden. So können man lernen, was funktioniere und was nicht oder auch, an welcher Stelle es Machtverschiebungen gebe, die es zu berücksichtigen gelte. Außerdem könne erkannt werden, wer trotz allem in den Diskursen auf der Strecke bleibe.

Die von **SV Annette Mühlberg** angesprochene Abgabe von Rechten der Nutzer sei kritisch zu sehen, deshalb werde dies von seinem Verein nicht praktiziert. Faustregel sei, dass jeder von Nutzern eingebrachte Inhalt unter eine Creative Commons-

Lizenz falle, sodass er zwar namentlich genannt werden müsse, aber nicht mehr die alleinigen Rechte daran habe.

Insgesamt glaube er, dass man die Bürger dort abholen solle, wo sie sich kommunikativ bewegten. Wenn dies momentan bei Twitter und bei Facebook sei, solle man sie – auch wenn diese restriktive Urheberrechts- und Datenschutzbestimmungen hätten – trotzdem zulassen. Für die Bürger, die das nicht möchten, solle es eine Ausweichmöglichkeit geben. Vorstellbar sei, dass es eine Plattform gebe, die die Ergebnisse aller Beteiligungsmöglichkeiten zur Auswertung zusammenziehe. Wie das im Detail aussehen könne, dazu habe er momentan auch noch keine genauen Vorstellungen.

Zur Frage nach dem technischen Aspekt, die **SV Prof. Dr. Christof Weinhardt** aufgebracht habe, könne festgestellt werden, dass es hinsichtlich der Durchführung verbindlicher Abstimmungen datenschutzrechtliche Probleme gebe. Um diese zu lösen und die Infrastruktur aufzubauen, um auf Bundesebene Nutzer als wahlberechtigt eindeutig zu authentifizieren, bedürfe es eines enormen Verwaltungsaufwands. Bei konsultativen Verfahren sei dies jedoch auch nicht notwendig. Wolle man Abstimmungen durchführen, die tatsächlich verbindlich seien, so könne dies über die Nutzung vorhandener Organisationsstrukturen geschehen. So sei es möglich, z.B. über Mitgliederlisten von Parteien, deren Mitglieder zu authentifizieren, die sich dann auch pseudonym verhalten könnten. Es sei aber eindeutig feststellbar, es gebe ein Mitglied, das habe eine Stimme zu einem Thema. Das könne berücksichtigt werden. Das gelte natürlich auch für andere NGO und Verbände. Zu überlegen sei auch, ob man den Verbänden nicht nach Anzahl der Mitglieder Gewicht verleihen könne, nämlich in dem man es gestatte, dass ein Verband, der z.B. über 6000 Mitglieder verfüge, die authentifiziert wurden, diese 6000 Stimmen mit in den Prozess einbringen dürfe; also eine Art delegated voting.

**Prof. Dr. Gerhard Vowe** erklärt sich bereit, Fragen die er nicht oder nur kurz beantworten könne, bei Bedarf auch gern im Nachgang zur Anhörung per E-Mail zu beantworten. Zuerst wolle er auf die Frage von **Nicolas Tesla** eingehen, wie viel

Prozent der Bevölkerung maximal an der politischen Kommunikation und Partizipation teilnehmen könnten. Dies sei eine wunderbare Frage, da sie ein Grundproblem akzentuiere. Unser politisches System beruhe darauf, dass grundsätzlich jeder die Möglichkeit habe, daran teilzunehmen. Es beruhe aber gleichzeitig auch darauf, dass nicht alle diese Möglichkeiten wahrnehmen. Es müsse grundsätzlich für jeden möglich sein, das gesamte Spektrum, von der Mediennutzung bis zur Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen, zu nutzen. Es werde aber so sein, dass nicht alle das täten. Seines Erachtens sei dies auch gut so, weil anderenfalls nämlich die Komplexität der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung enorm zunähme und den Prozess überlaste. Zugleich entstünden Opportunitätskosten. In der Zeit, in der sich Leute politisch betätigten, könnten sie andere sinnvolle Dinge nicht tun. Jeder müsse für sich die Entscheidung treffen, an welcher Stelle er seine Ressourcen einsetze. Man müsse auch akzeptieren, dass ein großer Teil der Bevölkerung seine Entscheidung anders treffe, als man aus eigener Perspektive als richtig anerkenne.

Was die Verbreiterung der Partizipationsbasis angehe, nach der **SV Prof. Dr. Wolfgang Schulz** und **Abg. Gerold Reichenbach (SPD)** gefragt hätten, sei er skeptisch. Hier wirkten grundlegende Mechanismen, die auch durch Erfahrungen nicht aufgehoben werden könnten. Er warne aber vor der Sichtweise, dass sich hier alte Elitensegmente auch noch dieser neuen Möglichkeiten bedienten und ihre Vorherrschaft so auch noch ausbauten. Es sei vielmehr so, dass es ein neues Instrumentarium gebe, dessen sich ein neues Elitensegment bediene. Damit nehme dieses neue Elitensegment Einfluss auf die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Es sei also nicht so, dass den Alten mehr gegeben werde, als sie bisher schon hatten, sondern die neue Gruppe mache ihren Einfluss über diese Instrumente geltend. Diese neue Gruppe zeichne aus, dass sie sich ausschließlich aus sehr verschiedenen online-Quellen informiere. Natürlich gebe es auch das Scannen von Printmedien und die interpersonalen Gespräche. Aber gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung sehe man, dass hier eine Verlagerung hin zu online-Aktivitäten stattgefunden habe. Viele seien in Netzwerken zuhause, aber diese Digitalbürger unterhielten sich auch in diesen Netzwerken über politische Themen. Sie nähmen an Aktivitäten teil, unterschrieben Petitionen und arbeiteten in Organisationen mit, die eine solche online-



Beteiligung praktizierten. Das ganze Spektrum der Partizipation verlagere sich also auf Online-Quellen. Alle anderen Dinge – mit Ausnahme des Wahlvorgangs – würden gemieden. Sie seien jünger, gebildeter und wiesen ein hohes politisches Interesse auf, was mit Bildung stark korreliere. Sie hätten deshalb ein hohes politisches Interesse, weil sie der Auffassung seien, dass ihre Aktivitäten etwas bewirkten. Die Vorstellung mit seinem Tun gehört zu werden, diese Vorstellung von Responsivität zeichne diese Gruppe stark aus und darum investierten sie auch Zeit in entsprechende Aktivitäten. Das sei eine Frage der Einstellung. Nach wie vor sei Partizipation aber stark abhängig vom sozioökonomischen Status, den jemand habe. In diesem Falle wirke sich Bildung ganz besonders aus. Es gebe unter den Digitalbürgern sehr viele, die noch über geringes Einkommen verfügten und noch keinen gesicherten Status hätten. Sie seien noch in prekären Beschäftigungsformen, beteiligten sich aber trotzdem in hohem Maße. Der Bildungsstand und die damit einhergehenden kognitiven Kompetenzen sowie die Überzeugung etwas bewirken zu können, seien die ausschlaggebenden Faktoren. Diese könne man nur in Maßen verbreitern. Mittels folgenloser Partizipationsmöglichkeiten könne man diese Menschen aber auch vergraulen und ihnen den Glauben nehmen, dass sie etwas bewegen könnten. Er glaube aber nicht, dass man die Basis mit dem, was sich derzeit im Netz herausbilde, verbreitern könne.

Zur Logik der Online-Medien sei zu sagen, dass man in der Online-Welt nur überleben könne, wenn man sich dieser Logik in gewisser Weise anpasse. Das bedeute insbesondere, sich dem Tempo, dem vorgegebenen Sekundentakt, anzupassen. Darüber hinaus spielten die von Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) angesprochenen, Kriterien der Nachrichtenauswahl eine Rolle. So wie das Fernsehen die Visualität zu einen Kriterium der Nachrichtenauswahl gemacht habe, so sei im Netz die Viralität der entscheidende Faktor. Das, was weitergeleitet werden könne, habe Nachrichtenwert. Man stehe erst am Anfang, systematisch zu ermitteln, wie diese Netze funktionierten; was da weitergeleitet werde. Es sei unter anderem Unterhaltsamkeit und Anrührendes, was hier eine Rolle spiele. Die Relevanzkriterien seien andere als die bisher bekannten.

Was die Frage des **SV Alvar Freude** nach der Einführung eines Grundrechts auf Zugang zum Internet angehe, so sehe er dafür keinerlei Notwendigkeit. Vielleicht könne man das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht nur als ein Abwehrrecht begreifen, sondern als eines, welches gewährleistet werden müsse. Durch die Interpretation dieses Rechtes könne vielleicht erreicht werden, was **SV Alvar Freude** vorschwebe. Auch die von **SV Annette Mühlberg** genannten Detailprobleme erforderten keine verfassungsrechtlich andere Konstruktion. Was man in diesem Bereich habe sei sehr solide.

**Stefan Wehrmeyer** führt zur Frage von **Till Mahler** aus der Bürgerbeteiligung zu den so genannten Filter-Bubbles aus, er halte es schon für einen wichtigen Punkt, wenn jemand, der bei Google in den USA eingeloggt sei, ein jeweils anderes Suchergebnis erhalte in Abhängigkeit davon, ob er Republikaner oder Demokrat sei. Sei man sich dessen nicht bewusst, gerate man in eben diese Filter-Bubble. Er betrachte es nicht als problematisch, dass man die Filter nicht selbst kontrollieren könne, wie es z. B. bei Google der Fall sei. Er sei dagegen hier gesetzlich zu reglementieren. Es gehe dabei um Medienkompetenz. Es müsse jedem bewusst sein, dass man personalisierte Suchergebnisse erhalte, wenn man bei der Suche in einer Suchmaschine eingeloggt sei. Wer das nicht wolle, müsse anonym nach dem Gewünschten suchen.

Die Micro-Interaktionen, nach denen **Nico Schneider** im Rahmen der Bürgerbeteiligung gefragt habe, würden künftig noch zunehmen. Derzeit werde an Techniken gearbeitet, bei denen viele Dinge automatisiert abliefen. Diese würden in die Browser eingebaut und durch lediglich einen Klick ausgelöst. Für entscheidungsrelevante Prozesse sollte dies nicht genutzt werden. Auf fragdenstaat.de gebe es auch eine solche Micro-Interaktion. Mit einem Klick könne eine entsprechende Anfrage gestellt werden. Dies sei aber mehr eine Like-Bekundung als ein tatsächlicher Antrag. Dies sei seitens seiner Organisation aber eher eine Notwehrreaktion auf das Urheberrecht, dass sie einschränke.

Zur face-to-face-Präsenz, nach der der **SV padeluun** gefragt habe, sei zu sagen, dass online-communities zum Teil keine solche Präsenz mehr brauchten. Man solle es

nicht gering schätzen und auch nicht unterschätzen, dass manche Menschen auch online sehr starke soziale Bindungen hätten, die nur nicht erkennbar seien. Es werde in Zukunft noch verstärkt dazu kommen, dass sich Menschen online in einer überschaubaren Anzahl sozialer Zirkel bewegten, die nichts mit tatsächlichen Identitäten zu tun hätten.

Zur Frage des **SV Alvar Freude** nach der Einführung eines Grundrechts auf Zugang zum Internet, so sei er kein Rechtswissenschaftler, schließe sich aber der Forderung der Konferenz der Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit an, die sich für die Verankerung der Informationsfreiheit im Grundgesetz ausgesprochen hätten.

Nach der Verbindlichkeit von Online-Abstimmungen gefragt, sei er skeptisch. Insbesondere, wenn es um Wahlcomputer gehe. Vor kurzem erst sei in den USA eine Plattform manipuliert worden, die Online-Abstimmungen ermöglichen sollte. Um verbindliche Ergebnisse zu erzielen, sollten die gängigen Verfahren Anwendung finden.

Was die Rechenschaftspflichtigkeit angehe, so sei dies auch Thema von fragdenstaat.de. Es gehe darum, Fakten zu sammeln. Es sei nicht Ziel, Behörden anzuprangern oder schwarze Schafe zu identifizieren. Es gehe nicht darum, Schuldzuweisungen zu treffen, sondern Dinge messbar zu machen und Verbesserungen zu erzielen. Ein Ergebnis könne auch sein, dass eine Behörde mehr Mitarbeiter benötige.

Auf fragdenstaat.de habe man auch Erfahrungen mit der, seitens der **SV Annette Mühlberg** angesprochenen, Klarnamenpflicht gesammelt. Diese gebe es dort, die angegebenen Daten würden aber nicht überprüft. Es gebe auch pseudonyme Nutzer. Für die Plattform fragdenstaat.de sei dies unproblematisch, aber die Behörden verlangten Klarnamen. Anderenfalls erhalte man keine Antwort. Das sei sehr schade, da jeder, der sich an eine Behörde wende, auch eine Antwort bekommen solle. Dafür sei weiterhin die Postadresse des Fragenden notwendig, weil Behörden oftmals

nicht per E-Mail, sondern postalisch antworteten. Er hoffe, dass hier künftig das E-Government-Gesetz zu Verbesserungen führen werde. Es sollte Normalität werden, dass Behörden per E-Mail Antworten erteilen und dies auch an anonyme Nutzer.

**SV Markus Beckedahl** habe gefragt, wie man neue Transparenz- und Beteiligungsprojekte und deren Kultur fördern könne. Hier sei man in Deutschland nicht sehr weit. In den USA gebe es z. B. die Sunlight-Foundation, die Knight-Foundation oder Media-Network. Dies seien große Stiftungen, die von erfolgreichen Internetunternehmern gegründet worden seien und über viel Kapital verfügten. Sie verfolgten das Ziel, mehr Transparenz zu schaffen und zivilgesellschaftliche Initiativen zu unterstützen. Das gebe es in Deutschland kaum. In Deutschland einen Förderungsantrag zu stellen, sei der worst case. Man müsse erst ein detailliertes Konzept vorlegen, bevor man Geld erhalte und mit der Umsetzung beginnen könne. Dies werde in der Softwareentwicklung schon seit Jahren nicht mehr praktiziert, weil man festgestellt habe, dass dieser Wasserfallprozess nicht funktioniere. Es gehe darum, kleine Prototypen zu entwickeln und dann zu schauen, was funktioniere und was nicht. Für eine erste Version werde wenig Geld ausgegeben. Dann werde die Version verbessert. Entscheidungen könnten so mit weniger Geld auch schneller getroffen werden. In Deutschland solle Open-Source-Software gefördert werden. Vorstellbar sei eine Stiftung oder eine Förderung durch die Regierung selbst. In den USA gebe es z. B. die Initiative Code for America. Etwas Vergleichbares brauche man auch in Deutschland. Ähnliches gebe es höchstens mit [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Diese Initiative sei aber auf Profit ausgerichtet und Abgeordnete zahlten entsprechend Geld dafür. Daran sehe man, dass das Konzept nicht so gut funktioniere. Man brauche eine unabhängige Finanzierung.

Der Apps für Deutschland Wettbewerb, den es gegeben habe, sei auf die Förderung von Wirtschaft ausgerichtet gewesen, nicht auf die Förderung der Transparenz oder von Beteiligung. Anders als das Projekt Apps for Democracy in den USA. Hier müsse es einen anderen Wettbewerb mit einem anderen Fokus geben. In Deutschland gebe es im Vergleich zu den USA oder Großbritannien recht wenige Portale, die mehr Transparenz oder Beteiligung zum Ziel hätten.

Im Vergleich zu Informationsfreiheit oder Rechte der Bürger gebe die Regierung sehr viel mehr Geld für die Förderung oder Bewerbung anderer Projekte wie Sport oder Bundesfreiwilligendienst aus. Es gebe auch andere Projekte, die es wert seien gefördert oder beworben zu werden. Außerdem behindere das Urheberrecht zusätzlich solche Projekte, wie jüngst das Beispiel Offenes Köln gezeigt habe. Die Festlegung, was ein amtliches Werk sei, müsse erweitert werden. Es falle zu viel nicht darunter, was ursprünglich von Regierung und Verwaltung stamme.

Abschließend stelle er fest, dass externe Innovation die bessere Innovation sei. Softwareprojekte, die die Regierung initiiere, gingen meistens schief und kosteten Milliarden. Projektpartner seien dabei zumeist namhafte Firmen. Die besten Projekte entstammten Versuchen und Prototypen und müssten dann gefördert werden. Hier gebe es dringenden Verbesserungsbedarf. Die Förderung solcher Initiativen sollte eher an den Prozess der Softwareentwicklung angepasst werden. Dann komme man weiter.

**Der Vorsitzende** dankt den eingeladenen Experten für die vielen neuen Anregungen und Denkanstöße. Vieles von dem Gesagten werde zu angeregten Diskussionen in der Projektgruppe Demokratie und Staat führen. Einiges werde sicherlich auch in der Projektgruppe Kultur, Medien und Öffentlichkeit zu diskutieren sein.

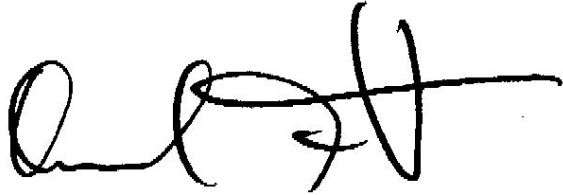
Der **Vorsitzende** ruft den **TOP 2 Verschiedenes** auf.

### **TOP 2 Verschiedenes**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Die **nächste Sitzung der Enquete-Kommission** findet am **23. April 2012** statt. In dieser Sitzung solle der Zwischenbericht der Projektgruppe Bildung und Forschung verabschiedet werden.

**Der Vorsitzende** dankt allen Beteiligten und schließt die Sitzung um 17:07 Uhr.

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"**  
 Montag, 19. März 2012, 14:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Brandl Dr., Reinhard		Brand, Michael	
Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.		Hirte, Christian	
Heveling, Ansgar		Knoerig, Axel	
Jarzombek, Thomas		Mayer (Altötting), Stephan	
Koeppen, Jens		Schipanski, Tankred	
Tauber Dr., Peter		Schön (St. Wendel), Nadine	
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Kähns, Johannes		Dörmann, Martin	
Klingbeil, Lars		Rebmann, Stefan	
Özoguz, Aydan		Tack, Kerstin	
Reichenbach, Gerold		Zypries, Brigitte	
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Blumenthal, Sebastian		Canel, Sylvia	
Höferlin, Manuel		Lindner, Christian	
Schulz, Jimmy		Thomae, Stephan	
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Sitte Dr., Petra		Behrens, Herbert	
Wawzyniak, Halina		Korte, Jan	

Stand: 29 Juni 2011  
 Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

off.

Tagungsbüro

Seite 2

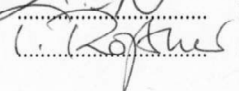
---

**Sitzung der Enquete-Kommission " Internet und digitale Gesellschaft "**  
Montag, 19. März 2012, 14:00 Uhr

---

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

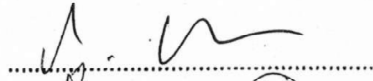
<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Notz Dr., Konstantin von		Montag, Jerzy	.....
Rößner, Tabea		Sager, Krista	.....



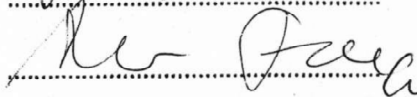
**Deutscher Bundestag**  
**Montag, 19. März 2012, 14:00 Uhr**  
**Anwesenheitsliste**  
**Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"**

als sachverständige Mitglieder

Beckedahl, Markus



Freude, Alvar C. H.



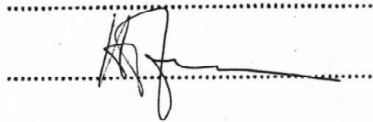
Gersdorf Prof. Dr., Hubertus

.....

Gorny Prof., Dieter

.....

Hofmann Dr., Jeanette



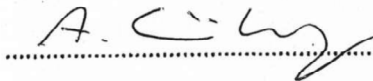
Kurz, Constanze

.....

Lemke, Harald

.....

Mühlberg, Annette



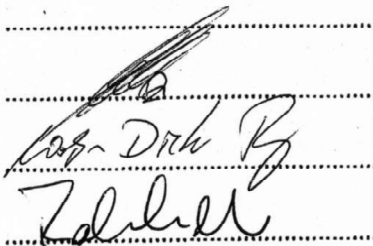
Osthaus Dr., Wolf

.....

padeluum

.....

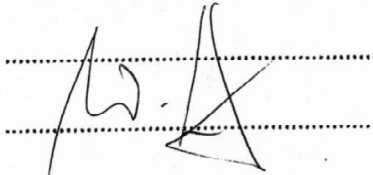
Ring Prof. Dr., Wolf-Dieter



Rohleder Dr., Bernhard

.....

Schröder, Lothar



Schulz Dr., Wolfgang

.....

Simon, Nicole

.....

Tausch, Cornelia



Weinhardt Prof. Dr., Christof

.....

off

**Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"**

**Montag, 19. März 2012, 14:00 Uhr**

**Fraktionsvorsitzende:**

**Vertreter:**


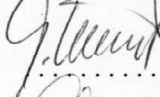
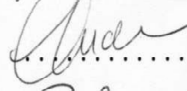

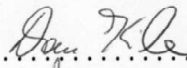

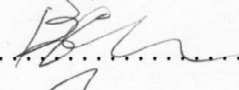
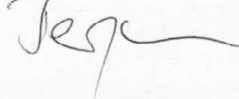
CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

**Fraktionsmitarbeiter:**

**Fraktion:**

**Unterschrift:**

(Name bitte in Druckschrift)

Percy OTT	CDU/CSU	
Johannes Kolbeck	SPD	
Caroline Köhler-Schulz	B90/Die Grünen	
PATRICK SCHREIBER	FDP	
DAN KÜHNAU	CDU/CSU	
GRÜNHOF	FDP	
BRAUN	LINKE	
FRANK BERGMANN	CDU/CSU	

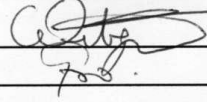


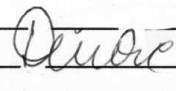
Öffentliche Anhörung am 19. März 2012 zum Thema:  
„Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“

**Unterschriftenliste der sachverständigen Anhörfpersonen**

Name	Vorname	Institution	Unterschriften
Kappes	Christoph	Geschäftsführer der Fructus GmbH, Hamburg	
Dr. Linden	Markus	Fachbereich III / Politikwissenschaft Universität Trier	
Prof. Dr. Neuberger	Christoph	Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München	
Reichert	Daniel	Liquid Democracy e. V., Berlin	
Prof. Dr. Vowe	Gerhard	Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft I an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	
Wehrmeyer	Stefan	Open Knowledge Foundation Deutschland e. V., Berlin	

Montag, 19. März 2012, 14:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BKM BFDi	WITZEL, ROLAND Gronenberg	REFERENT Ref L	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Bayern		Ref L	BY